

BERLİN international 04/11 Nummer 78

DER NEWSLETTER DES INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN



Der interkulturelle
Kalender für den
Monat April

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Berlinerinnen und Berlinern, die in irgendeiner Form das interkulturelle Leben in der Stadt prägen, bietet *be Berlin* bis zum 08. April 2011 mit der Aktion „*be Berlinternational*“ die Möglichkeit, auf der Kampagnenwebseite <http://www.sei.berlin.de> von ihrem Engagement zu berichten und auf diese Weise andere darauf aufmerksam zu machen.

Erzählen Sie Ihre Geschichte und zeigen Sie der Welt, wie vielfältig das Zusammenleben in unserer Stadt ist! (Seite 8)

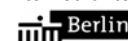
Am 30. Oktober 1961 schloss die Bundesrepublik Deutschland mit der Regierung der Türkischen Republik ein Abkommen über die „Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer“. Der Integrationsbeauftragte plant dazu den Aufbau einer Internetseite mit einem aktuellen Veranstaltungskalender im Jubiläumsjahr. Zu Wort kommen sollen dort auch Stimmen der 1. Einwanderergeneration, um Berlin als Stadt der Einwanderung zu würdigen. Dazu suchen wir Zeitzeugen und bitten um Ihre Mitteilungen. Den Aufruf finden Sie auf Seite 7 in dieser Ausgabe.

Wir wünschen Ihnen frohe Feiertage.

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am 29.04.2011.
Redaktionsschluss für die Ausgabe Mai 2011 (Nr. 79) ist der 21.04.2011.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/ -löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, IntMig 12; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320, Martina Gembus, IntMig B 4, (030) 9017-2327 (Vertr.). Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/index.html>. 01.04.2011 [1.601 | Jahrgang 28]



- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13 Tamil. Nj. 2042
- 14 Sikh Neujahr Baisakhi 312
- 15
- 16
- 17 Palmsonntag
- 18
- 19 Pessachfest bis 26.4.
- 20 Roter Mittwoch der Yeziden
- 21 Ridvanfest der Baha'i bis 2.5.
- 22 Karfreitag
- 23 Türkisches Kinderfest
- 24 Osterfest
- 25 Ev., Kath., Orth.
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30

Integrationsbeauftragter aktuell

| | |
|---|----|
| Neue Daten zur Bevölkerungsentwicklung in Berlin: Migrations-Hintergrund rückt in den Vordergrund | 4 |
| Bildungs- und Teilhabepaket tritt in Kraft. Senat informiert im Internet über Leistungen | 5 |
| Respekt gewinnt! – Der Projekt-Wettbewerb für ein weltoffenes Berlin | 5 |
| „Berliner Tulpe für den deutsch-türkischen Gemeinsinn“ verliehen | 6 |
| Neue Veröffentlichung zur Berliner Tulpe für den deutsch-türkischen Gemeinsinn“ erschienen | 6 |
| Wir suchen Zeitzeugen. | |
| 50 Jahre Anwerbung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der Türkei | 7 |
| 08.04., Tagung: Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU Chancen und Risiken in der Arbeitsregion Berlin-Brandenburg. Achtung! Meldeschluss: 01.04.2011 | 7 |
| Bis 08.04., be Berlininternational: Neue interkulturelle Kampagnenwebseite der Hauptstadt | 8 |
| EU-Fonds-Ausschreibungen 2011: EFF/EIF/ERF. Frist: 06.05.2011 | 8 |
| Ulrich Raiser: Polarisierte Stadt im Aufwärtstrend. | |
| Berlins Abschneiden im ersten Integrationsmonitoring der Bundesländer 2005-2009 | 9 |
| Akzeptanzkampagne gestartet: „Berlin liebt! Respekt macht's möglich.“ | 11 |
| Senatorin Bluhm: Der Islam gehört zu Deutschland wie die Kartoffel in der Suppe | 11 |
| Senatorin Bluhm zur Integrationsdebatte: „Integrationsdebatte verletzt und schadet der Gesellschaft – Verweigerer sitzen in der Bundesregierung“ | 11 |
| Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung beschlossen | 12 |

Aus dem Landespressedienst

| | |
|--|----|
| Berlin engagiert sich im Bundesrat: Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Kindschaftsrecht | 12 |
| Gewaltpräventionsbericht 2009/10: 214 Meldungen weniger als im Vorjahr | 13 |
| Berliner Forum Gewaltprävention: | |
| So können jugendliche Migranten und ihre Eltern gegen Gewalt stark gemacht werden | 14 |
| Berlin wirbt mit Anzeigen um „über 1000 Lehrkräfte“ | 14 |
| Bildungsstaatssekretärin Claudia Zinke zeichnet die Preisträger der EU-Schulaktion „eTwinning“ aus | 15 |
| Sozialstruktur und Kindergesundheit | 16 |
| Justizticker und Formularservice online | 17 |
| Programm "Mobbingfreie Schule" startet im neuen Schuljahr | 17 |
| Abgabetermin für Förderung in 2012 für den Hauptstadtkulturfonds. Frist: 15.04.2011 | 18 |
| Deutschland – Land der Ideen sucht die besten Ideen für die Bildungsrepublik. Frist: 16.05.2011 | 18 |

Anfragen an den Senat

| | |
|--|----|
| „Einbürgerungen in Berlin - Hinnahme der Mehrstaatigkeit“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite | 19 |
|--|----|

Aus Europa, Bund und Ländern

| | |
|--|----|
| Berliner Europaportal und Europa-Newsletter | 20 |
| 3.290 Asylanträge im Februar 2011 | 20 |
| Interessenbekundungsverfahren zur Einrichtung von Fachstellen zu Schwerpunktthemen der Arbeitsmarktintegration. Frist: 06.05.2011 | 20 |
| XENOS - Integration und Vielfalt: Aufruf für die 2. Förderrunde startet Mitte Mai 2011 | 20 |
| MASF Brandenburg: Arbeitnehmerfreizügigkeit. Lohndumping durch Mindestlöhne verhindern | 21 |
| Roma: Bindende EU-Standards für eine bessere Integration | 21 |
| Appell: Europas Verantwortung als Chance für die Roma | 21 |

Initiativen

| | |
|---|---------|
| Girls'Day 2011: Mädchen mit Migrationshintergrund willkommen |21 |
| Ausschreibung: Initiative „Ich kann was!“ Kompetenzerwerb für junge Menschen. Frist: 21. April 2011 |22 |

Qualifizierungen

| | |
|---|---------|
| FCZB e.V.: Aktuelle Fortbildungen im FrauenComputerZentrumBerlin | |
| Nichts geht mehr - ohne das Internet. Start: 15.04./ 18.04.2011 |22 |
| European Master in Intercultural Education. Weiterbildender Masterstudiengang für des akademische Jahr 2011/12. Bewerbungsfrist: 30.04.2011 |23 |

Workshops/ Tagungen

| | |
|---|---------|
| 04.05., bridge – Fachveranstaltung: Flüchtlinge als Fachkräfte - Wie Unternehmen aktiv werden |24 |
| 09.04., MRBB: Tagung zur Priorisierung der im Maßnahmenkatalog enthaltenen Empfehlungen der Zivilgesellschaft im Rahmen des Landesaktionsplanes gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR) |25 |

Aus Projekten und Vereinen

| | |
|---|---------|
| Radio multicult.fm startet tägliches Live-Programm |26 |
| AWO-Begegnungszentrum: Monatsprogramm April/ Mai 2011 |26 |
| Babel e.V.: Programm April 2011 |27 |
| Das Bayouma-Haus zieht um |28 |

Veranstaltungen

| | |
|--|---------|
| 02. bis 09.04.: Roma Kulturwoche |29 |
| 13.04.: Lichtenberg international. Tag der Solidarität und Partnerschaften |29 |
| Bis 08.05., HKW: Ausstellung: Blackbox Abschiebung |29 |
| Kultur bewegt e.V.: Stadttealführungen im April 2011 „Route 44/ Zweite Heimat Neukölln/ Route 65 |30 |
| 5. bis 16. Mai 2011, Vorschau: Berliner Europawoche. | |
| Frist zur Meldung von Veranstaltungen: 15.04.2011 |30 |

Veröffentlichungen

| | |
|--|---------|
| Studie: Die Abwertung der Anderen. | |
| Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung |31 |
| OECD-Vergleich: Wie zukunftsfähig ist Deutschland? Studie der Bertelsmann-Stiftung erschienen |31 |
| FES-Expertise: Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in der Europäischen Union | |
| Rechtliche Rahmenbedingungen und politischer Handlungsbedarf |32 |
| Veröffentlichung der Caritas: Aufenthaltsrechtliche Illegalität. Ein Handbuch für die Beratung |32 |

Integrationsbeauftragter aktuell

BERLÿN
Vielfalt gewinnt!

NEUE DATEN ZUR BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN BERLIN Migrations-Hintergrund rückt in den Vordergrund

Nicht nur in Berlins Innenstadtquartieren ist die Einwanderungsgesellschaft prägend.

Die Präsidentin des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg, Prof. Dr. Ulrike Rockmann und der Beauftragte für Integration und Migration, Günter Piening stellen neue Daten zur Bevölkerungsentwicklung in Berlin und zum Migrationshintergrund vor. Piening: "Bei den Debatten um Einwanderung herrschen häufig Mutmaßungen und Schätzungen vor. Genaue Zahlen sind eine wichtige Voraussetzung zu Versachlichung der Diskussion und zur passgenauen Umsetzung der Integrationspolitik vor Ort"

Seit zwei Jahren legt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Daten vor, die den Migrationshintergrund der Bevölkerung in Bezirken und Stadtteilen erfassen. Dieses wurde ermöglicht durch ein in der Bundesrepublik einmaliges Verfahren zur Auswertung des Melderegisters, das gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten entwickelt wurde. Piening: "Für eine nachhaltige Integrationspolitik sind herkömmliche Statistiken, die sich vor allem an der Staatsangehörigkeit orientieren, nur noch wenig hilfreich, da z.B. Aussiedler/innen oder eingebürgerte Personen und deren Kinder darin gar nicht auftauchen. Darum ist es integrationspolitisch extrem wichtig, dass das Amt für Statistik ein Verfahren entwickelt hat, mit dem wir nun regelmäßig die Verteilung und die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund verfolgen können."

Der jetzt vorgelegten Statistik zu Folge haben 872.000 Berlinerinnen und Berliner einen Migrationshintergrund, d.h. sie sind eingewandert oder sie haben Elternteile, die eingewandert sind oder keinen deutschen Pass haben. Darunter haben rd. 170.000 einen türkischen Migrationshintergrund, rd. 90.000 einen polnischen Migrationshintergrund und rd. 60.000 einen arabischen Migrationshintergrund.

Berlin befindet sich mit einem Migrantanteil von 25,7% aber insgesamt im unteren Drittel der Großstäd-

te, Städte wie Frankfurt a.M. (über 40%), Stuttgart (rd. 38%) oder Köln (rd. 33%) haben einen teilweise deutlich höheren Migrantanteil.

Fast die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (47,5%) sind Deutsche, wobei die Anteile zwischen den Gruppen erheblich variieren. Vor allem bei Menschen aus Ländern, die unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit eingebürgert werden, sind die Anteile von Deutschen sehr hoch - so etwa 72% bei den Menschen aus dem Libanon und 63% bei Menschen aus dem Iran. Von insgesamt 168.748 türkischstämmigen Berliner/innen haben rund 63.000 (40%) einen deutschen Pass. 35% der Menschen mit vietnamesischem Hintergrund sind Deutsche. Die Hälfte der aus arabischen Ländern stammenden Berlinerinnen und Berliner hat einen deutschen Pass. Sehr gering sind noch die Anteile bei den Menschen mit palästinensischen Wurzeln (21%), was, so Piening, die Folge davon ist, dass diesen Menschen erst in den letzten Jahren eine Bleibeperspektive gegeben wurde. Piening erwartet hier in den kommenden Jahren stark steigende Einbürgerungszahlen.

Der Migrantanteil ist in Mitte mit 44,8% am höchsten, gefolgt von Neukölln mit rd. 40% und Friedrichshain-Kreuzberg mit rd. 38%. In vielen Kiezen ("Planungsraum") in diesen Bezirken hat sich das Verhältnis von Minderheit zu Mehrheit längst umgedreht. Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund wohnen im Planungsraum Askanischer Platz mit 68,9%, gefolgt vom Mehringplatz mit 66,6%. Über 50% der Einwohner/innen mit Migrationshintergrund in diesen Kiezen sind türkischer Herkunft. 30% der Einwohner in Kreuzberg und Nord-Neukölln stammen direkt oder über ihre Eltern aus einem islamischen Land.

Piening: "Vor welchen Herausforderungen insbesondere unser Bildungssystem steht, wird deutlich, wenn wir die Altersgruppen genauer untersuchen. 43% der 0-15 jährigen Berlinerinnen und Berliner haben einen Migrationshintergrund. In Kreuzberg, Wedding und Nord-Neukölln liegt dieser Anteil fast durchgehend bei 70% und höher. Von diesen haben 80% die deutsche Staatsbürgerschaft, was besonders deutlich macht, dass eine an Staatsangehörigkeit festgemachte Statistik zunehmend problematisch ist"

Aber auch die Vorstellung, die östlichen Bezirken seien nicht von Einwanderung geprägt, wird von den Zahlen widerlegt.

Im Bezirk Lichtenberg haben etwa 13% der Einwohner einen Migrationshintergrund. In Marzahn-Hellersdorf sind es rund 10%. Allerdings verteilen sich diese Bewohner höchst ungleich über die Bezirke. Während im Kiez Malchow in Lichtenberg nur 158 Menschen mit Migrationshintergrund leben, sind es in Fennpfuhl über 5.700.

Prägend sind in Lichtenberg vor allem Einwanderer aus Vietnam und aus den Staaten der früheren Sowjetunion. Vietnamesischstämmige Einwanderer machen in

einigen Kiezen über 3% der Bevölkerung aus; im Kiez Bitterfelder Straße in Marzahn-Hellersdorf sind es sogar 19,3%. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund „ehemalige Sowjetunion“, der auch Aussiedler und Russischsprachige umfasst, liegt in Marzahn-Hellersdorf mit 14.700 Personen bei 6% der Einwohner oder 54,6% der Einwanderer.

Auch Charlottenburg-Wilmersdorf knüpft wieder etwas an die alte "Charlottengrad"-Tradition an: 12.400 der Einwohner stammen hier aus der früheren Sowjetunion; das sind 4%.

"Diese Zahlen", so Berlins Integrationsbeauftragter, Günter Piening, "sind eindeutiger Beleg, dass es beim Thema Integration keineswegs um Minderheitenpolitik geht. Integrationspolitik berührt die gesamte Gesellschaft und die interkulturelle Öffnung von Politik, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung wird zum zentralen Thema der politischen Agenda."

Die Daten im Einzelnen finden Sie auf den Internetseiten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg unter:

http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/2011/SB_A1-5_hj02-10_BE.pdf

Wer sind und wo leben die Zuwanderer in Berlin?

Vortrag von Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann, Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, anlässlich einer Pressekonferenz am 30.03.2011 zur Vorstellung neuer Daten zur Bevölkerungsentwicklung in Berlin und zum Migrationshintergrund.

Download und Anzeige des Dokumentes (PDF, ca. 4 Mbyte):

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/statistik/pk_praesentation_afs_bed_bf.pdf

BILDUNGS- UND TEILHABEPAKET TRITT IN KRAFT

Senat informiert im Internet über Leistungen

Ab dem 1. April 2011 können - bis zum 30. April 2011 auch rückwirkend zum Jahresbeginn - zusätzliche Leistungen für Kinder aus einkommensschwachen Familien gewährt werden.

Einen ersten Überblick über die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sowie Antworten auf häufig gestellte Fragen gibt es im Hauptstadtportal Berlin.de unter folgendem Link:

<http://www.berlin.de/rbmskzl/bildungspaket/>.

RESPEKT GEWINNT! – Der Projekt-Wettbewerb für ein weltoffenes Berlin



Der Projektwettbewerb „Respekt gewinnt!“ geht in die zweite Runde. Auch in diesem Jahr schreibt der Berliner Ratschlag für Demokratie wieder Geld- und Sachpreise für Projekte gegen Rechtsextremismus und Rassismus, für Vielfalt, Anerkennung und Demokratie aus.

Ab dem 01. April können alle Berlinerinnen und Berliner Fotos, Videos, Texte und Präsentationen ihrer Projekte und Aktionen für ein weltoffenes Berlin und eine Kultur des Respekts im Alltag auf der Website

<http://www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de>

hochladen und der Öffentlichkeit präsentieren. Eine Jury des Berliner Ratschlags für Demokratie wird die interessantesten unter ihnen auswählen und prämiieren. Zu gewinnen gibt es Geldpreise bis zu 5.000 Euro und zusätzliche Sachpreise. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2011.

Weitere Informationen, die aktuellen Beiträge auf der Plattform und Bilder von der Preisverleihung 2010 finden Sie unter:

<http://www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de>

Kontakt

Berliner Ratschlag für Demokratie
Geschäftsstelle beim Beauftragten
des Berliner Senats für Integration und Migration

Potsdamer Straße 65
10785 Berlin
Tel.: (030) 90 17 -23 29
Fax: (030) 90 17 -23 20 (Sekretariat)

E-Mail: ratschlag_demokratie@IntMig.berlin.de
Internet: <http://www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de>

„BERLINER TULPE FÜR DEN DEUTSCH-TÜRKISCHEN GEMEINSINN“ VERLIEHEN

Zum fünften Mal wurde in diesem Jahr die „Berliner Tulpe für den deutsch-türkischen Gemeinsinn“ verliehen. Die BürgerPLATTFORM Wedding/Moabit, die „DeuKische Generation e.V.“ und „Kulturbewegt e.V.“ erhielten die Auszeichnung am 21. März 2011 im Großen Saal des Roten Rathauses aus den Händen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit.

Wowereit: „Die Berliner Tulpe hat sich zu einem wichtigen Symbol einer erfolgreichen Integration entwickelt. Gerade in einem Jahr, in dem wir das fünfzigjährige Jubiläum des Anwerbeabkommens mit der Türkei feiern, ist die „Berliner Tulpe“ ein besonders sinnfälliges Zeichen für das fruchtbare Zusammenleben in Berlin.“

An der Veranstaltung nahmen u.a. der Gesandte des türkischen Botschafters Iskender Okyay, die frühere Präsidentin des Deutschen Bundestages und Jurorin Prof. Rita Süßmuth und die Leiterin des Bereichs Gesellschaft der Körber-Stiftung, Karin Haist, teil. Die Laudatio auf die Preisträger hielt der Comedian Murat Topal. Musikalisch wurde die Preisverleihung von Betin Güneş begleitet. Zudem zeigte der Künstler und Photograph Galip Yilmabaşar seine Tulpenausstellung „Ich male mit Licht“.

Mit der „Berliner Tulpe für deutsch-türkischen Gemeinsinn“ werden jährlich Projekte prämiert, die zur Verbesserung des deutsch-türkischen Miteinanders dienen. Preisträger können Vereine oder informelle Initiativen sein, deren Schwerpunkt im deutsch-türkischen Miteinander liegt. Voraussetzung ist, dass die Projekte und Vereine von deutschen und türkischen Mitgliedern gemeinsam und ehrenamtlich betrieben werden. Das ausgelobte Preisgeld, gestiftet von der Körber-Stiftung, beträgt 10.000 € und darf ausschließlich für die Weiterführung des Projekts verwendet werden.



Die Initiatoren in Berlin sind Radyo Metropol FM, die Senatskanzlei, die BildungsWerk Kreuzberg GmbH, die Werkstatt der Kulturen sowie BEYS marketing & media. Über die Preisvergabe hatte eine Jury mit Vertretern aus der Berliner Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur unter dem Vorsitz des Integrationsbeauftragten von Berlin, Günter Piening entschieden. Schirmherr ist der Regierende Bürgermeister von Berlin.

Die Tulpe ist ein Symbol gelungener Integration. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts im Gepäck eines europäischen Gesandten aus dem Osmanischen Reich an den Wiener Hof gekommen, ist sie heute in vielen Gärten Europas zu Hause.

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter <http://www.berliner-tulpe.de>

Neue Veröffentlichung

Zum fünfjährigen Bestehen der „Berliner Tulpe“ ist auch eine Broschüre erschienen, die kostenlos beim Integrationsbeauftragten des Senats bestellt werden kann. Außerdem steht sie als Download unter:



<http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/dokus/index.html>

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, mit den diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträgern der „Berliner Tulpe“. (Foto: Hüseyin Islek)

WIR SUCHEN ZEITZEUGEN

50 Jahre Anwerbung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der Türkei

Am 30. Oktober 1961 schloss die Bundesrepublik Deutschland mit der Regierung der Türkischen Republik ein Abkommen über die „Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer“. Viele Veranstaltungen erinnern in diesem Jahr an dieses Datum und welche Bedeutung die Arbeitskräfte aus der Türkei für die Wirtschaft Berlins nach dem Mauerbau hatten. Die angeworbenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben schließlich Berlins Wirtschaft mit am Leben gehalten, als die Mauer sie vom Umland abschottete.

Der Integrationsbeauftragte plant den Aufbau einer Internetseite, auf der neben einem aktuellen Veranstaltungskalender im Jubiläumsjahr auch Stimmen der 1. Einwanderergeneration zu Worte kommen sollen und Berlin als Stadt der Einwanderung gewürdigt wird.

Dazu suchen wir die Beiträge von Zeitzeugen und bitten um Ihre Mithilfe:

Wie haben Sie und Ihre Familie die Zeit der Anwerbung und die ersten Jahre in Berlin erlebt?

Schicken Sie uns Ihren Beitrag auf einer Seite, möglichst per E-Mail.

Möglichst auch 1-2 Fotos aus dieser Zeit.

Die Beiträge und Fotos werden wir auswählen und sie dann nach Rücksprache mit Ihnen auf der Internetseite veröffentlichen.

Bilder und Beiträge schicken Sie bitte an:

Den Beauftragten für Integration und Migration

Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin

- Öffentlichkeitsarbeit -

E-Mail: newsletter@intmig.berlin.de

Bei Rückfragen Tel.: (030) 9017-2357

Veranstaltungstermine rund um den Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei werden wir auch hier im Newsletter veröffentlichen. Bitte teilen Sie uns Ihre Hinweise und Termine mit, ebenfalls unter:

newsletter@intmig.berlin.de.

Die Veröffentlichung der Veranstaltungstermine ist natürlich kostenlos und Sie erreichen einen großen Kreis von Leserinnen und Lesern.

08.04., Tagung:

ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT IN DER EU Chancen und Risiken in der Arbeitsregion Berlin-Brandenburg

Achtung! Meldeschluss: **01.04.2011**

Am 8. April 2011, 10.30 bis 14.30 Uhr
im Konferenzsaal des Europäischen Hauses Berlin,
Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Anlässlich der Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus acht 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten in Deutschland zum 1. Mai 2011 möchten wir Sie herzlich zu einer Veranstaltung einladen, um Erfahrungen und Ideen auszutauschen und daran anknüpfende arbeits- und integrationspolitische Anpassungsstrategien zu erörtern. Wir möchten damit einen Beitrag leisten, um die sich bietenden Chancen für die Menschen in der Arbeitsregion Berlin- Brandenburg bestmöglich zu nutzen und möglichen Risiken präventiv entgegenzutreten.

In der Veranstaltung werden die zu erwartenden Auswirkungen auf die Arbeitsregion Berlin- Brandenburg, Erfahrungen aus den neuen Mitgliedstaaten sowie in Deutschland getroffene und geplante Anpassungsmaßnahmen dargestellt. Wir werden exemplarische Fälle aus der Beratungspraxis sowie erste Ergebnisse einer Studie zum Informations- und Unterstützungsbedarf von Arbeitsmigrantinnen und -migranten vorstellen. In einer politischen Podiumsdiskussion werden schließlich Umsetzungsstrategien diskutiert.

Vertreter/-innen staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen möchten wir dazu aufrufen, bereits vor der Veranstaltung Beiträge zu übermitteln, damit diese in die Debatte einfließen können.

Über Ihre Teilnahme würden wir uns sehr freuen. Wir bitten Sie, Ihre Anmeldung bis zum 1. April 2011 an Frau Aferdita Suka, Büro des Integrationsbeauftragten, zu richten.

E-Mail: Aferdita.Suka@IntMig.Berlin.de

Die Veranstaltung wird Deutsch – Englisch simultan gedolmetscht. Aufgrund der erhöhten Sicherheitsstandards ist die Teilnahme nur nach Anmeldung möglich. Bitte beachten Sie, dass bei der Registrierung die Vorlage des Personalausweises erforderlich ist.

Die Einladung und das Programm im Internet unter:
http://www.berlin.de/lb/intmig/tagung_an_freizuegigkeit_08042011.html

**Bis 08.04., be Berlinternational:
NEUE INTERKULTURELLE
KAMPAGNENWEBSEITE DER HAUPTSTADT**

Berlin ist eine internationale Stadt. 3,4 Millionen Menschen aus 190 Ländern leben hier selbstverständlich zusammen, viele von Ihnen sind zugewandert. Mit ihren verschiedenen Traditionen und Kulturen prägen sie das Gesicht der Stadt, machen unsere Stadt vielseitig und weltoffen.

Berlinerinnen und Berlinern, die in irgendeiner Form das interkulturelle Leben in der Stadt prägen, bietet be Berlin mit der Aktion „be Berlinternational“ die Möglichkeit, auf der Kampagnenwebseite von ihrem Engagement zu berichten und auf diese Weise andere darauf aufmerksam zu machen.

Teilnehmen können alle Berlinerinnen und Berliner, die sich in irgendeiner Form für Integration in der Stadt engagieren. Sei es in einem Kulturzentrum oder im Sportverein, in einer Tanz- oder Musikgruppe, in der Nachbarschaft oder im Job. Das schließt Menschen aus Zuwandererfamilien ebenso ein wie Menschen, die schon immer in der Stadt leben.

Mitmachen ist ganz einfach: Über ein spezielles Formular auf <http://www.sei.berlin.de> können Sie als Berlinerin oder Berliner vom 2. März bis einschließlich 8. April 2011 Ihre Geschichte einstellen.

Zum großen Finale der Aktion werden die Autorinnen und Autoren der schönsten Geschichten mit ihren Fotos auf zwei weithin sichtbaren Großplakaten an der Staatsoper unter den Linden geehrt.

Erzählen Sie Ihre Geschichte und zeigen Sie der Welt, wie vielfältig das Zusammenleben in unserer Stadt ist!

Kontakt

sei Berlin - be Berlin
Ludwig Erhard Haus
Fasanenstraße 85
10623 Berlin

Sarah Tietze
Teamleitung

Tel.: (030) 399 80 - 146
Fax: (030) 399 80 - 239

E-Mail: Sarah.Tietze@Berlin-Partner.de

Internet:
<http://www.berlin-partner.de>
<http://www.businesslocationcenter.de>
<http://www.sei.berlin.de>

EU-FONDS-AUSSCHREIBUNGEN 2011 EFF/EIF/ERF

Frist: **06.05.2011**

Ausschreibungen für die Europäischen Flüchtlings- Integrations- und Rückkehrfonds 2011:
http://www.bamf.de/clin_111/DE/Infothek/EU-Fonds/eu-fonds-node.html

Anträge sind bis zum **6.5.2011** zu stellen. Beachten Sie bitte, dass es sich um eine Ausschlussfrist handelt. Bitte senden Sie uns eine Kopie Ihres Antrags (inkl. Arbeits- und Finanzplan) per E-Mail an Frau Tomask, Büro des Berliner Integrationsbeauftragten:

Edith.Tomaske@IntMig.Berlin.de

Sie haben grundsätzlich die Möglichkeit Landesmittel mit diesen Fonds kofinanzieren. Falls Sie Bezirks- oder Landesmittel erhalten, sollten Sie gegebenenfalls für die Kofinanzierungsmittel auf die für Sie Zuständigen zugehen.

POLARISIERTE STADT IM AUFWÄRTSTREND

Berlins Abschneiden im ersten Integrationsmonitoring der Bundesländer 2005-2009

Ulrich Raiser

Dass Berlin extrem ist, gilt in vielerlei Hinsicht – auch im Hinblick auf die Integrationsverläufe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Der Mitte Februar vorgelegte vergleichende Bericht zur Integration der Einwandererbevölkerung in den 16 Bundesländern unterstreicht dies eindrucksvoll. Die Situation in Berlin entspricht dem Muster der vergangenen Jahre: eine im Hinblick auf das Bildungs- und Arbeitsmarktpotential der Einwandererbevölkerung polarisierte Stadt mit auffälligen Extremen im Vergleich zu anderen Bundesländern. Es gibt durchaus Grund für Optimismus: die Situation in Berlin hat sich in nahezu allen 30 für das Integrationsmonitoring verwendeten Indikatoren zwischen 2005 und 2009 positiv entwickelt. Die Stadt hat die Weichen für einen nachhaltigen Aufschwung, der die Einwandererbevölkerung mitnimmt, offenbar gestellt.

Hohes Qualifikationsniveau der Einwandererbevölkerung in Berlin

Überdurchschnittlich bis Spitze im Ländervergleich sind die Anteile der gut ausgebildeten Migrantinnen und Migranten in Berlin. Mit Blick auf den Anteil der 18-65-jährigen mit Hochschulreife liegt Berlin mit 40,2% mit deutlichem Abstand an der Spitze (Bundesdurchschnitt bei 25,1%). Auch bezogen auf den Anteil der 25-65-jährigen mit Hochschul- oder anderen tertiären Bildungsabschlüssen rangiert Berlin mit 30,8% lediglich hinter den neuen Bundesländern und liegt im Vergleich der alten Bundesländer vorne (Bundesdurchschnitt bei 20,5%).

Diese Zahlen zeigen das enorme Qualifikationspotential der Einwandererbevölkerung Berlins, über das öffentlich zu wenig gesprochen wird und das besser genutzt werden muss. Die Hauptstadt weist hier strukturelle Ähnlichkeiten mit vielen neuen Bundesländern auf, bei einer proportional weit größeren Einwandererbevölkerung. Vor diesem Hintergrund kann das angekündigte „Anerkennungsgesetz“ des Bundes in Berlin einen wichtigen Impuls geben.

Sehr hoch ist mit 30,4% im Vergleich zu anderen Bundesländern auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die das Gymnasium besuchen. Auch hier liegt Berlin nur knapp hinter den neuen Bundesländern und drei bis fünf Prozentpunkte vor den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. In Bayern besuchten 18,4%, in Baden-Württemberg nur 13,9% der Kinder aus Einwandererfamilien das Gymnasium. Auch der Anteil derjenigen, die die Hauptschule besuchen, ist in Berlin mit 13,6% im Vergleich gering. In Bayern liegt der Anteil bei 60% in Baden-Württemberg bei 58,3%. Das von allen Bil-

dungspolitikern proklamierte Ziel größerer Bildungsgerechtigkeit und damit einer gerechteren Verteilung der Lebenschancen zwischen eingewanderter und nicht eingewanderter Bevölkerung scheint damit in Berlin am ehesten eingelöst.

Geringe Ausbildungsquote und nach wie vor hohe Schulabbrecherzahlen

Unterdurchschnittlich ist das Abschneiden Berlins im Ländervergleich im Hinblick auf die Ausbildungsbeteiligungsquote von ausländischen Jugendlichen von 6,5%¹. Hier liegt Berlin vor den neuen Bundesländern an vorletzter Stelle, knapp hinter Bremen mit 7% und Hamburg mit 9,7%. Im Bundesdurchschnitt betrug die Ausbildungsbeteiligung 14,4%. Auch die Schulabbrecherquote ist mit 17,2% in Berlin nach wie vor zu hoch, trotz eines Rückgangs seit 2005 um sechs Prozentpunkte. Hier rangiert Berlin an drittletzter Stelle. Im Bundesdurchschnitt betrug der Anteil der Schulabbrecher 14,2%.

Natürlich lassen sich die Unterschiede in der Ausbildungsbeteiligungsquote zwischen den Bundesländern auf die Konzentration der industriellen Kernregionen Deutschlands in den alten Bundesländern zurückführen. Dort finden sich Ausbildungsbeteiligungsquoten zwischen 22,7% in Bayern und 11,4% in Nordrhein-Westfalen. Im industriell weniger ausgeprägten Osten Deutschlands liegen die Quoten zwischen 3,2% in Thüringen und eben 6,1% in Berlin.

Der Rückgang der Schulabbrecherquote seit 2005 um sechs Prozentpunkte fällt in Berlin deutlicher aus als in den meisten anderen Bundesländern. Auch wenn der Unterschied zur Quote der Schulabbrecher mit deutschem Pass mit 9,2 Prozentpunkten nach wie vor hoch ist, scheinen die Schulreformen, die Berlin seit 2004 eingeleitet hat, im Hinblick auf die bessere Inklusion der Schülerschaft aus Einwandererfamilien erste Erfolge zu zeigen.

Hohe Arbeitslosenzahlen aber geringes relatives Armutsrisiko

Unter den Schlusslichtern ist Berlin mit Blick auf die Anteile arbeitsloser Menschen mit Migrationshintergrund (34,3%). Trotz eines Rückgangs seit 2005 um 7,6 Prozentpunkte ist das der viertschlechteste Wert im Vergleich der Bundesländer und der schlechteste, wenn man nur die alten Bundesländer zum Vergleich heranzieht (Bundesdurchschnitt bei 19,1%).

(Fortsetzung nächste Seite)

¹In Bezug auf Auszubildende liegen bislang lediglich Daten nach Staatsangehörigkeit nicht jedoch nach Migrationshintergrund vor.

Auch der Anteil geringfügig beschäftigter Menschen mit Migrationshintergrund ist mit 17,2% sehr hoch. Lediglich in Bremen (19,7%) und den neuen Bundesländern (18,0%) arbeiteten noch mehr Menschen mit Migrationshintergrund in prekären Jobs bzw. als Aufstocker.

Hier wird deutlich, dass der Strukturwandel der vergangenen 20 Jahre in Berlin deutliche Spuren hinterlassen und die Einwandererbevolkerung besonders hart getroffen hat. Auch mit den Arbeitsmarktreformen von 2005 ist es nicht gelungen, die Einwandererbevolkerung aus dem Bezug von Transferleistungen zu befreien. Zugenommen hat, v.a. in Berlin, das Ausmaß prekärer Beschäftigung, auch für Menschen mit Migrationshintergrund.

Etwas relativiert sich das Bild, wenn man die relative Armutsrisikoquote² zwischen den Bundesländern vergleicht. Hier weist Berlin nach Baden-Württemberg und Bayern den drittbesten Wert auf (26,5%). In Hamburg beträgt sie 36,1%, in Bremen 30,5%. Die generellen Einkommensunterschiede ebenso wie der Einkommensabstand zwischen Eingewanderten und Einheimischen sind in Berlin demnach weniger groß als in den meisten anderen Bundesländern. Gleichwohl liegt der Unterschied in der Armutsquote zwischen migrantischer und nicht-migrantischer Bevölkerung bei 15 Prozentpunkten. Legt man das gesamtdeutsche Durchschnittseinkommen bei der Berechnung der Armutsquote zugrunde, fällt Berlin mit 35,4% armer Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf den drittletzten Rang lediglich vor den neuen Bundesländern (47,4%) und Bremen (38,3%) zurück – ein deutlicher Hinweis auf die starken Einkommensunterschiede und das Wohlstandsgefälle zwischen den Bundesländern.

Fazit

Nach Lage der Indikatoren holt die Berliner Einwandererbevolkerung im Hinblick auf Qualifikation und steigende Bildungserfolge langsam auf. Die Tendenzen sind entlang nahezu aller Indikatoren positiv. Ein besonderes und noch zu wenig genutztes Potential ist die große Zahl der gut bis sehr gut qualifizierten Migrantinnen und Migranten in der Stadt.

Auch der hohe Anteil an Einwandererkindern an Gymnasien weist auf eine mittelfristig besser ausgebildete und damit chancenreichere dritte Einwanderergeneration hin.

Andererseits bestehen bei allen Indikatoren nach wie vor große Differenzen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.

² Unter der relativen Armutsquote versteht man den Anteil derjenigen Personen, die weniger als 60% des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Bundeslandes zur Verfügung haben. Bei der absoluten Armutsquote wird das Durchschnittseinkommen für Gesamtdeutschland der Berechnung zugrunde gelegt.

Chancengerechtigkeit ist somit nicht erreicht. Ein Teil der Berliner Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund leidet noch massiv unter den „Altlasten“ des Strukturwandels – eine Situation vergleichbar mit der in den meisten neuen Bundesländern sowie dem Saarland und Bremen. Gerade geringqualifizierte Migrantinnen und Migranten und ihre Kinder sind hiervon besonders stark betroffen.

Das Muster einer zweigeteilten Stadt - hier die gut qualifizierte nachrückende Mittelschicht auch mit Migrationshintergrund, dort die bereits lange abgehängten älteren Arbeitslosen und jungen Schulabbrecher - wird die Berliner Situation voraussichtlich noch einige Jahre prägen. Die Aussichten für eine allmähliche und nachhaltige Besserung der Lage und Angleichung der Bildungsabschlüsse, Lebenschancen und Lebensverhältnisse zwischen Migranten und „Einheimischen“ sind jedoch relativ gut. Berlin hat mit den Schulreformen, dem am 01. Januar 2011 in Kraft getretenen Partizipations- und Integrationsgesetz und dem Ausbau der Dienstleistungsökonomie die Weichen für einen Aufschwung gestellt, der Einwanderer in großer Zahl teilhaben lässt, anstatt sie abzuhängen.

Zur Beschleunigung dieses positiven Prozesses sind indes, insbesondere mit Blick auf einen weiteren Rückgang der nach wie vor viel zu hohen Schulabbrecherquoten, weitere Investitionen v.a. im Bildungssystem notwendig sowie eine deutliche größere Beteiligung von ausländischen Jugendlichen in der dualen Ausbildung.

Der Bericht „Integrationsmonitoring der Länder 2005-2009“ wurde von der Länderarbeitsgruppe der Integrationsministerkonferenz „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ unter der Federführung der Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen erstellt. Er ist der erste seiner Art und vergleicht die Situation in allen Bundesländern entlang von fünf Kennzahlen und 30 Indikatoren für die Jahre 2005 und 2009. Es wurden überwiegend Daten zum Migrationshintergrund verwendet, dort wo dies nicht möglich war, wurden hilfsweise Daten entlang der Kriterien deutsche und nicht-deutsche Staatsangehörigkeit genutzt.

Der Bericht kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/berichte/index.html>

Dr. Ulrich Raiser arbeitet als Referent im Büro des Berliner Integrationsbeauftragten zuständig für die Umsetzung des Berliner Integrationskonzepts. Gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen leitete er die Länderarbeitsgruppe, die den Länderbericht erstellt hat.

Akzeptanzkampagne gestartet:

**„BERLIN LIEBT!
RESPEKT MACHT'S MÖGLICH.“**

Mit mehrsprachigen Bestandteilen ist diese multimediale Kampagne eine von 60 unterschiedlichen Maßnahmen der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“, die vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen wurde.

Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm erklärt dazu: „Wir wollen es schaffen, einen umfassenden Prozess der Auseinandersetzung mit Homo- und Transphobie in der Gesellschaft zu initiieren und einen positiven Wandel zu Respekt und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu erwirken. Mit dieser Kampagne setzt der Senat ein deutliches Zeichen für eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in Berlin.“

Vorrangiges Ziel der „Berlin liebt! Respekt macht's möglich.“- Kampagne ist es, Berlinerinnen und Berliner für das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu sensibilisieren, Vorurteile zu hinterfragen und abzubauen sowie Respekt und Akzeptanz zu fördern. Die gesamte Kampagne wird von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung umgesetzt.

Ab März wirbt die Kampagne z.B. mit unterschiedlichen Großplakaten, Postern, Postkarten oder mehrsprachigen Radiospots für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Hauptstadt. Zeitgleich können sich Berlinerinnen und Berliner auf der interaktiven Kampagnenwebseite www.berlin-liebt.info über zahlreiche Aktivitäten und zu verschiedenen Themen mit Bezug auf Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Personen informieren und die Kampagne aktiv unterstützen.

Mit an den Start geht auch die Kampagnenseite der Landesantidiskriminierungsstelle unter www.gleiche-rechte.info, die über die Rechte nach erlebter Diskriminierung informiert.

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 030 90282743
Pressemitteilung vom 02.03.2011, 15:30 Uhr
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Senatorin Bluhm:

**DER ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND
WIE DIE KARTOFFEL IN DER SUPPE**

Zu den Äußerungen von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich über den Islam erklärt Integrationsministerin Carola Bluhm:

„Der Islam gehört so selbstverständlich zu Deutschland wie die Kartoffel in der Suppe. Daran gibt es angesichts von vier Millionen Musliminnen und Muslimen nichts zu

rütteln. Wer das leugnet, will nicht integrieren, sondern ausgrenzen. Dass der neue Bundesinnenminister seinen ersten Tag im Amt dafür nutzt, zu dieser Frage gezielt zu provozieren, lässt nichts Gutes ahnen. Dass er dabei versucht, einen Unterschied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern muslimischen Glaubens und ihrer Religion zu konstruieren, ist grotesk.

Die Bundeskanzlerin muss jetzt klarstellen, ob sie den Dialog in der Islamkonferenz am 29. März ernsthaft fortsetzen und welchen Beitrag die Bundesregierung dazu leisten will. Für eine Alibiveranstaltung werden sich die teilnehmenden muslimischen Verbände zu recht nicht hergeben.“

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 030 90282743
Pressemitteilung vom 07.03.2011, 12:55 Uhr

Senatorin Bluhm zur Integrationsdebatte:

**„INTEGRATIONSDEBATTE VERLETZT
UND SCHADET DER GESELLSCHAFT –
Verweigerer sitzen in der Bundesregierung“**

Zur Ankündigung von CDU und FDP im Bund, nur wer Sprachkenntnis nachweise, solle einen längerfristigen Aufenthaltstitel in Deutschland erhalten, erklärte die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm:

„Der erneute Vorstoß zeigt, dass die schwarz-gelbe Koalition im Bund lieber populistische Forderungen erhebt, als die Integration voranzubringen. Auch heute schon müssen Zuwanderer Sprachkenntnisse nachweisen, wenn sie in Deutschland bleiben wollen. Das gilt etwa für nachziehende Ehegatten.

Die Bundesregierung musste in den vergangenen Monaten wiederholt einräumen, dass viele Zuwanderer mangels Angebot keine Sprach- und Integrationskurse besuchen können, selbst wenn sie sich freiwillig dafür melden. Nach jüngsten Angaben der Bundesregierung stehen aktuell 12.000 Menschen auf der Warteliste.

Für die immer wieder vorgetragene Behauptung, Migrantinnen und Migranten verweigerten die Integration, gibt es keine Belege.

Die erneute Auflage der Debatte über Integrationsverweigerung verletzt Menschen und schadet der Gesellschaft. Nachdem Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich vergangene Woche in grotesker Weise einen Unterschied zwischen Bürgerinnen und Bürgern muslimischen Glaubens und ihrer Religion gemacht hat, sendet die schwarz-gelbe Koalition erneut ein verheerendes Signal: Ja, wir wollen Zuwanderung, aber am liebsten wäre uns, wenn dabei keine Menschen kämen.

Die wirklichen Integrationsverweigerer sitzen in der Bundesregierung. Wer Integration will, darf nicht massiv in der Arbeitsmarktpolitik kürzen, wie es der Bund in

diesem Jahr getan hat. Wer Integration will, darf Flüchtlingskinder nicht vom Bildungspaket ausschließen, wie bei der Neuregelung der Regelsätze vor wenigen Wochen geschehen."

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 030 90282743
Pressemitteilung vom 11.03.2011, 13:35 Uhr

Pressemitteilung vom 15.03.2011, 12:35 Uhr
**LANDESAKTIONSPLAN GEGEN RASSISMUS
UND ETHNISCHE DISKRIMINIERUNG
BESCHLOSSEN**

Aus der Sitzung des Senats am 15. März 2011:

Mit einem Landesaktionsplan will Berlin die Anstrengungen im Kampf gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung verstärken. Der Senat hat den von der Senatorin für Integration, Arbeit und Frauen, Carola Bluhm, vorgelegten Aktionsplan in seiner heutigen Sitzung beschlossen.

Der Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung ist in enger Zusammenarbeit mit den Senatsverwaltungen und einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure entstanden. Er enthält rund 50 Maßnahmen. Beispiele dafür sind:

- Sensibilisierung von Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern für Rassismus und ethnische Diskriminierung durch Schulungen und Trainings,
- Fortbildung von Lehrkräften zum Thema Rassismus und ethnische Diskriminierung mit dem Ziel, Diskriminierung an Schulen zu vermeiden und im Falle von Diskriminierung den richtigen Umgang zu finden,
- Verbesserung von Verwaltungsleistungen für Menschen mit Migrationshintergrund, zum Beispiel durch die Förderung von Mehrsprachigkeit in der Verwaltung und die Bereitstellung mehrsprachiger, kultursensibler Informationsmaterialien,
- Austausch über wirksame Strategien gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung mit anderen europäischen Städten und zivilgesellschaftlichen Akteuren durch Fachveranstaltungen sowie innerhalb eines - von der Berliner Verwaltung initiierten - europäischen Projektes mit Partnern aus Schweden, Österreich und Spanien,
- Werbekampagnen und Veranstaltungen, um den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Berliner Verwaltung zu erhöhen,
- Studie zum Thema „Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt“.

Bereits mit dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus hatte sich das Land Berlin verstärkt engagiert. Gleiches gilt

für die Mitarbeit in der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus. Der nun beschlossene Landesaktionsplan ergänzt diese Aktivitäten. Mit ihm will besonders die Berliner Verwaltung ein Vorbild bei der Bekämpfung von Rassismus und ethnischer Diskriminierung sein. Darüber hinaus ist das Engagement gegen Rassismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die langfristig angelegt ist. Daher soll der Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung schrittweise um weitere Handlungsfelder und Maßnahmen erweitert werden. So ist es geplant, künftig verstärkt die Bezirke einzubinden.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: 9028-2743
Pressemitteilung vom 15.03.2011, 12:35 Uhr

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 01.03.2011, 12:35 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Berlin engagiert sich im Bundesrat:
**GLEICHSTELLUNG EINGETRAGENER
LEBENSPARTNERSCHAFTEN MIT DER EHE
IM KINDSCHAFTSRECHT**

Aus der Sitzung des Senats am 1. März 2011:

Der Senat will die Einschränkungen gemeinsamer Adoptionen durch gleichgeschlechtliche Lebenspartner beseitigen. Kinder in eingetragenen Lebenspartnerschaften sollen die gleichen Rechte bekommen wie Kinder, die in Ehen aufwachsen. Deshalb hat der Senat heute auf Vorlage des Senators für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, eine Bundesratsinitiative zur Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Kindschaftsrecht beschlossen.

So soll auch bei einer Schwangerschaft durch eine künstliche Befruchtung innerhalb einer bestehenden Lebenspartnerschaft bei der Lebenspartnerin der biologischen Mutter automatisch die Mutterschaft (Co-Mutter) anerkannt werden. Des Weiteren soll die Mutterschaftsanerkennung entsprechend der Vaterschaftsanerkennung schon vor der Geburt des Kindes ermöglicht werden. Gesichert werden soll auch die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften in den Bestimmungen über die künstliche Befruchtung mit Spendersamen („heterologe Insemination“).

Durch den Erlass des Lebenspartnerschaftsgesetzes im Februar 2001 erfolgte zwar eine Institutionalisierung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Die Restriktionen für alle anderen Lebensweisen gegenüber der Ehe, die das Lebenspartnerschaftsgesetz nicht beendet hat, führen im Kindschaftsrecht zu unge-

rechtfertigten Diskriminierungen gleichgeschlechtlicher Paare mit Kindern (Regenbogenfamilien). Diese lassen sich nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Förderauftrag für die Ehe nicht rechtfertigen.

Vor diesem Hintergrund hatte der Senat am 16. Februar 2010 das „Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Homophobie“ beschlossen. Gemäß dem darin enthaltenen Handlungsfeld „Rechtsangleichung“ wird das Land Berlin nun im Bundesrat aktiv.

Der Bundesgesetzgeber muss dann entscheiden, wie er die vom Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 7. Juli 2009 vorgegebene - an einem gesellschaftlichen Wertewandel orientierte - Verfassungsentwicklung durch die Änderung bestehender Gesetze umsetzt.

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Telefon: 90227-5843

Pressemitteilung vom 02.03.2011, 14:25 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

GEWALTPRÄVENTIONSBERICHT 2009/10: 214 MELDUNGEN WENIGER ALS IM VORJAHR

Die Zahl der Meldungen von Gewaltvorfällen und Notfällen im Schuljahr 2009/2010 hat im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Sie sank von 1817 im Schuljahr 2008/09 auf 1576 im Schuljahr 2009/10. Das entspricht einem Rückgang der Meldungen um ca. 13%. Diese Zahl liegt etwa auf dem Niveau des Schuljahres 2005/06.

Im Schuljahr 2009/10 gab es eine wichtige Neuerung im Melde- und Hilfeverfahren bei Gewalt- und Notfallsituationen an Schulen: Die „Notfallpläne für die Berliner Schulen“ wurden zum zentralen Bezugssystem des Melde- und Hilfeverfahrens, indem einzelne Kategorien wie z.B. Mobbing, Körperverletzung oder Amokdrohungen nicht nur im Meldeformular stehen, sondern in den Notfallplänen auch entsprechende Handlungsempfehlungen für die Schule zu finden sind. So wurde aus einem bisher eher „meldeorientierten“ ein stärker „bewältigungsorientiertes“ Verfahren, auch weil die Schulen gleichzeitig mit der Meldung schulpsychologische Hilfe anfordern konnten.

Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner: „Die Berliner Schulen gehen aktiv mit der Bewältigung von Konflikten und Gewaltvorfällen um. Zahlreiche Präventionsprojekte unterstützen die tägliche Schularbeit. Die beteiligten Lehrkräfte widmen sich auch diesen Aufgaben mit großem Engagement. Meldezahlen können immer nur bedingt aussagekräftig über die tatsächlichen Gewaltvorfälle an Schulen sein. Das vorliegende Ergebnis erlaubt daher nur begrenzt eine optimistische Bewertung. Wichtig ist, dass alle Lehrkräfte offensiv mit

der Thematik umgehen und sich bewusst sind, dass eine Meldung keine Stigmatisierung der Schulen mit sich bringt, sondern konkrete Hilfe. Dies ist durch die Verknüpfung der Meldungen mit den Notfallplänen erreicht.“

Insgesamt meldeten 40 % aller Berliner Schulen Gewaltvorfälle bzw. Notfälle an ihren Schulen.

Die Gesamtschulen haben durchschnittlich mit ca. vier Meldungen pro Schuljahr die meisten Vorfälle mitgeteilt. Es folgen die Sonderschulen und die Hauptschulen mit ca. drei Meldungen und die Grundschulen mit ca. ein bis zwei Meldungen pro Schule und Schuljahr. Die Realschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen meldeten durchschnittlich einen Vorfall je Schule.

Unverändert kamen die meisten Meldungen aus den Bezirken Mitte mit knapp 20 % und Neukölln mit ca. 13 %.

Wie bereits in den Vorjahren wurden körperliche Gewalt, also Schlägereien und Körperverletzungen, mit ca. 41 % am häufigsten gemeldet. Beleidigungen und Anpöbeleien folgen mit ca. 25 %, Bedrohungen mit etwa 15 %.

Opfer und Betroffene von Gewalthandlungen waren in ca. 69 % der gemeldeten Fälle Schülerinnen und Schüler, in etwa 19 % der Fälle Schulpersonal. Meldegründe bei Vorfällen gegen Schulpersonal waren auch in diesem Schuljahr fast ausschließlich körperliche Gewalt, Bedrohungen und Beleidigungen.

Die Berliner Schulen haben viele Initiativen und Projekte zur Gewalt- und Krisenprävention initiiert und fortgeführt:

- Die Bildung von Krisenteams an Schulen wurde weiter gefördert und begleitet. Zum Ende des Schuljahres 2009/10 gab es an 130 Schulen Krisenteams, die neben dem Krisenmanagement im Gewalt- und Notfall auch die schulischen Präventionsmaßnahmen weiterentwickeln.
- Die im vergangenen Schuljahr initiierten Maßnahmen zur Amokprävention wurden fortgesetzt. Für die Schulleitungen aller Schularten fand eine Schulung zum Thema statt. Durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung wurde ein berlinweit einheitlicher Standard für Amok-Alarmierungsanlagen in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung geschaffen. Das Projekt „NETWASS – Netzwerke zur Prävention schwerer Schulgewalt“ ist in Kooperation mit der Freien Universität Berlin an 31 Schulen in Berlin gestartet.
- Das Thema „sexuelle Übergriffe an Schulen“ stand ebenfalls im Fokus der Aufmerksamkeit. In allen Berliner Bezirken wurde diese Thema-

tik im Jahr 2010 verbindlich in Schulleitersitzungen behandelt. Betroffenen als auch den Schulen stehen eine Vielzahl von Hilfen, Handreichungen und Netzwerke zur Verfügung. In den Notfallplänen finden Lehrkräfte Handlungsanweisungen zum Thema „Sexuelle Übergriffe“ und „Kindeswohlgefährdung“. Das schließt auch Fälle sexueller Gewalt im familiären Umfeld ein.

Der vollständige Bericht zur Gewaltprävention und Krisenintervention an Berliner Schulen 2009/2010 kann eingesehen werden unter

<http://www.berlin.de/sen/bildung/gewaltpraevention>

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Telefon:

Pressemitteilung vom 04.03.2011, 11:15 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

**Berliner Forum Gewaltprävention:
SO KÖNNEN JUGENDLICHE MIGRANTEN
UND IHRE ELTERN GEGEN GEWALT STARK
GEMACHT WERDEN**

Neue Ergebnisse einer Auswertung von Modellprojekten zur Steigerung von Erziehungskompetenz und Konfliktlösungskompetenz

Jugendliche Migranten sind überproportional häufig an Gewaltdelikten beteiligt. In den Jahren 2008 und 2009 hat die Landeskommission Berlin gegen Gewalt daher etliche Modellprojekte gefördert, die zwei Schwerpunkte hatten: die Erziehungskompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund zu stärken und/oder die Konfliktlösungskompetenz von männlichen Jugendlichen und Kindern mit Migrationshintergrund zu verbessern. Die Arbeit der Projekte wurde von der Camino gGmbH wissenschaftlich begleitet. Die Ergebnisse der Evaluation liegen nunmehr als Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 43 vor. Der Bericht liefert z.B. wertvolle Hinweise darauf, welche Strategien sich als besonders erfolgreich erwiesen haben. Von zentraler Bedeutung sind u.a. persönliche Ansprachen, der Einsatz von migrantischen Mitarbeitern und getrennte Angebote für Männer und Frauen.

Die Evaluation bezog sich insbesondere auf vier zentrale Themenkomplexe. Untersucht werden sollte,

- ob und wie die Zielgruppen von den Projekten erreicht wurden,
- ob und auf welche Weise es den Projekten gelungen ist, die Erziehungs- und die Konfliktlösungskompetenz der Zielgruppen zu stärken,
- wie sich die Kooperation der Projekte mit anderen Einrichtungen der Jugendhilfe, öffentlichen Bildungseinrichtungen und Vereinen gestaltete und

- ob sich die gewählten Projektstrukturen mit Blick auf die Projektarbeit bewährt haben.

Der Evaluationsbericht der camino gGmbH widerlegt unter anderem das Klischee, Eltern mit Migrationshintergrund seien nicht bereit, sich mit Fragen der Erziehung auseinanderzusetzen. Der Bericht verdeutlicht, wie und unter welchen Bedingungen z.B. gerade auch Väter erfolgreich in Projektarbeit eingebunden werden können. Er formuliert förderliche und hinderliche Bedingungen für eine entsprechende Projektarbeit und bietet viele Anregungen für alle diejenigen, die in ähnlichen Arbeitsfeldern soziale Arbeit mit Migrantinnen und Migranten gestalten.

Alle Hefte aus der Reihe Berliner Forum Gewaltprävention können bestellt werden über:

<http://www.berlin-gegen-gewalt.de>

oder bei der

Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

E-Mail: berlin-gegen-gewalt@seninnsport.berlin.de

Hinweis:

Die von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt beauftragte Studie „Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin“ ist ab sofort als Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 42 erhältlich.

Pressemitteilung vom 04.03.2011, 17:15 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

**BERLIN WIRBT MIT ANZEIGEN UM
„ÜBER 1000 LEHRKRÄFTE“**

Mit Anzeigen in Berliner Tageszeitungen verstärkt die Senatsverwaltung für Bildung an diesem Wochenende die Werbung um Lehrkräfte. Dabei wird nicht nur auf die Absicht hingewiesen, über 1.000 Lehrkräfte nahezu jeder Fächerkombination einzustellen. Es erfolgt auch der Hinweis, dass diese Einstellungen ab sofort fortlaufend und unbefristet erfolgen. Außerdem wird auf das erhöhte, an der Beamtenbesoldung orientierte Anfangsgehalt hingewiesen und auf die Möglichkeit, bei bereits bestehendem Beamtenverhältnis auch als Beamter in Berlin übernommen zu werden. Zugleich wird um Vertretungspersonal geworben. Dafür kommen neben ausgebildeten Lehrern auch Quereinsteiger ohne 2. Staatsexamen, Rückkehrerinnen aus der Elternzeit oder Ruheständler in Frage. Hier erfolgt eine Beschäftigung auf der Basis befristeter Verträge. In jedem Fall ist auch eine Teilzeitbeschäftigung möglich. Zusätzliche Informationen stehen unter

http://www.berlin.de/sen/bildung/lehrer_werden/einstellungen/

zur Verfügung. Die Anzeigen erscheinen nur in Berlin, da sich die Bildungsminister verabredet hatten, keine Werbeaktionen in den jeweils anderen Ländern durchzuführen.

Der Text der Anzeige:

Berlin stellt über 1000 Lehrkräfte ein:

Gesucht wird für jede Schulart und nahezu jede Fächerkombination.

Die Einstellungen erfolgen ab sofort fortlaufend und unbefristet im Angestelltenverhältnis mit erhöhtem Anfangsgehalt orientiert an der Beamtenbesoldung. Verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Ländern werden im Beamtenverhältnis übernommen.

Berlin sucht auch Vertretungspersonal:

Gesucht werden ständig Lehrkräfte sowie fachlich geeignete Quereinsteigende ohne 2. Staatsexamen, Rückkehrende aus der Elternzeit oder Pädagoginnen und Pädagogen im Ruhestand. Die Einstellung erfolgt befristet, gerne auch in Teilzeit.

Alles was Sie wissen müssen, finden Sie unter:

http://www.berlin.de/sen/bildung/lehrer_werden/einstellungen/

Redaktion: Christian Walther

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Pressemitteilung vom 08.03.2011, 15:30 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

BILDUNGSSTAATSSEKRETÄRIN CLAUDIA ZINKE ZEICHNET DIE PREISTRÄGER DER EU-SCHULAKTION „ETWINNING“ AUS

Heute zeichnet Bildungsstaatssekretärin Claudia Zinke 13 Berliner Schulen für ihre insgesamt 16 Projekte aus, mit denen sie von Anfang 2010 bis Ende Februar 2011 im Rahmen der EU-Aktion „eTwinning“ erfolgreich waren.

„eTwinning“ ist eine Aktion zur Förderung von europäischen Schulpartnerschaften im Internet. Sie wird im Rahmen des eLearning-Programms von der Europäischen Kommission unterstützt. Über das Internet können Schulen eine Partnerschule in einem europäischen Nachbarland finden und internetbasierte Unterrichtsprojekte durchführen. Der Verein „Schulen ans Netz e.V.“ ist die nationale Koordinierungsstelle für die Aktion „eTwinning“. 13 Berliner Schulen erhielten von Anfang 2010 bis Ende Februar 2011 Preise und „Qualitätssiegel“ für ihre 16 beispielhaften Unterrichtsprojekte unter Einsatz der Digitalen Medien und machten Berlin erneut zum erfolgreichsten Bundesland in der europäischen Schulkooperation. Insgesamt wurden 16 Nationale „eTwinning“-Qualitätssiegel, 10 Europäische Qualitätssiegel und 2 Deutsche „eTwinning“-Preise vergeben.

Bildungsstaatssekretärin Claudia Zinke lobte die Lehrerinnen und Lehrer, die diese Projekte erfolgreich durchgeführt haben. „Zum einen steigern Sie mit Ihren ‚eTwinning‘-Projekten die Medienkompetenz Ihrer Schülerinnen und Schüler, zum anderen machen Sie durch die Struktur der schulischen Projekte das kollaborative Lernen zum integralen Bestandteil der unterrichtlichen Arbeit. Und drittens: Durch die Projekte erfahren die Schülerinnen und Schüler den Europäischen Gedanken im täglichen Umgang miteinander. So kann die Vielfalt in Europa als lebensnahe Bereicherung erlebt werden. Deshalb ist die europäische Aktion ‚eTwinning‘ auch eines der Leitprojekte unseres ‚eEducation Berlin Masterplan.‘“

Dem Erfolg der Schulen kommt im „Jahr der Medienkompetenz in der Bildung“ für Berlin ein besonderer Stellenwert zu. Bildungsstaatssekretärin Claudia Zinke dankte den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schülerinnen und Schülern der Albert-Einstein-Schule („50 easy things you can do to save the Earth“), der Kurt-Tucholsky-Schule („1989 – Storie di uomini e di donne“ und „TRASH – our very special way to use ICT“), der Beethoven-Schule („Europe, Éducation, École“), der Schule am Pappelhof („Unser Alltag in der Sonderschule mit dem Förderschwerpunkt ‚Geistige Entwicklung‘ und „TRASH – our very special way to use ICT“), der Siegerland-Schule („Let’s travel with the ‚Time-Machine‘ in our country before and after the E.U.“ und „Bücherwürmer/Bookworms“), der Sonnen-Schule („Wie schnell wachsen eure Feuerbohnen?“), der Dunant-Schule („Greeny on tour for the environment“), der Brillat-Savarin-Schule („3. Berliner Taugé-Kochwettbewerb“), der Gabriele-von-Bülow-Oberschule („R.E.D. Removing Emotional Distance“), der Heinrich-Zille-Grundschule („Impariamo ad apprendere insieme/ Learning to learn together“), der Grundschule am Ritterfeld („Bei uns“), der Schule an der Haveldüne („Robotics“) und der Charlotte-Salomon-Grundschule („European stories - a Comenius Projekt“).

Eine besondere Belobigung erhielt die Spandauer Lehrerin Christiane Meisenburg für ihr langjähriges Engagement im Rahmen der Aktion „eTwinning“. Von ihren 26 „eTwinning“-Projekten erhielten in den vergangenen Jahren acht Projekte das Nationale Qualitätssiegel und vier Projekte das Europäische Qualitätssiegel.

Die Vertreterinnen und Vertreter aller ausgezeichneten Schulen erhielten am Ende der Veranstaltung eine Urkunde sowie einen Gutschein über 500 € zur Förderung und Unterstützung weiterer Projekte.

Weitere Informationen zum „eEducation Berlin Masterplan“ im Netz unter:

<http://www.masterplan.be.schule.de>

Senator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner zum Jahr der Medienkompetenz (Pressemitteilung):

<http://www.berlin.de/sen/bwf/presse/archiv/20110208.1120.330199.html>

Senator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner zum Jahr der Medienkompetenz (Videobotschaft):

<http://www2.be.schule.de/masterplan/videobotschaft.mp4>

„Schulen ans Netz e.V.“ ist eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und der Deutschen Telekom AG.

<http://www.schulen-ans-netz.de>

<http://www.eTwinning.de>

Redaktion: Beate Stoffers

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Pressemitteilung vom 24.03.2011, 13:25 Uhr
Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz

SOZIALSTRUKTUR UND KINDERGESUNDHEIT

Mit dem Bericht „Sozialstruktur und Kindergesundheit“ präsentiert die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz umfangreiche Informationen über die Lebenslage von Kindern und ihren Familien in Berlin. Der Schwerpunkt des Berichts liegt auf den Zusammenhängen zwischen sozialem Status und der Gesundheit der Kinder. „Die Daten zeigen, dass bereits im Vorschulalter bei einem Teil der Kinder Probleme auftreten, die ihre gesundheitliche Entwicklung und einen erfolgreichen Start in die Schule gefährden können. Prävention muss daher früh ansetzen. Die drei beitragsfreien Kitajahre vor Schulbeginn leisten hierzu einen wichtigen Beitrag“, sagte Katrin Lompscher, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz.

Datengrundlage des Berichts sind die Berliner Einschulungsuntersuchungen 2007 und 2008. Die Auswertungen beziehen sich auf insgesamt 52.699 Kinder im Vorschulalter. Für die Beschreibung der Lebenslage wurden folgende drei Dimensionen ausgewählt:

- Familienform: Die große Mehrheit der Kinder lebt mit beiden Elternteilen (72 %), etwa ein Viertel der Kinder (28 %) mit einem Elternteil zusammen. Nur sehr wenige Kinder (unter 1 %) wachsen in einer anderen Konstellation, z. B. bei Großeltern oder in einem Heim, auf.
- Sozialstatus: Die Kinder und ihre Familien wurden in drei Gruppen - niedriger (23 %), mittlerer (52 %) und hoher (25 %) - Sozialstatus eingeteilt. Zur Ermittlung wurden Schulbildung, berufliche Ausbildung und Erwerbsstatus der Eltern erfragt.
- Migrationshintergrund: Bei den Kindern mit Migrationshintergrund (33 %) wurden drei Gruppen

unterschieden: gute oder sehr gute Deutschkenntnisse von Kind und Elternteil (16 %), unzureichende Deutschkenntnisse von Kind oder Elternteil (9 %) und unzureichende Deutschkenntnisse von Kind und Elternteil (8 %). Es hat sich gezeigt, dass für die Lebenslage der Kinder die Deutschkenntnisse wichtiger sind als der Migrationshintergrund.

Gesundheitliche Lage: Knapp zwei Drittel der Kinder sind nicht oder nur vereinzelt von gesundheitlichen Risiken betroffen. Jedes achte Kind (13 %) weist Entwicklungsauffälligkeiten in mindestens zwei der vier Bereiche Körperkoordination, Auge-Hand-Koordination, schlussfolgerndes Denken und Sprache auf. Jedes neunte Kind (11 %) ist übergewichtig oder adipös. Bei etwa jedem elften Kind (9 %) ist ein erhöhtes gesundheitliches Risikoverhalten zu beobachten. Ein erhöhtes Risikoverhalten besteht, wenn mindestens drei der fünf erfassten Risikomerkmale (Rauchen im Haushalt, Fernsehkonsum über zwei Stunden täglich, eigener Fernseher, sanierungsbedürftiges Gebiss, unvollständiger Impfstatus) zutreffen.

Der Sozialstatus erweist sich als stärkster Einflussfaktor auf die Gesundheit. Unzureichende Deutschkenntnisse wirken sich ebenfalls nachteilig aus. Die Familienform hat kaum Auswirkungen auf die Gesundheit der Kinder. Die soziale und die gesundheitliche Lage der Familien mit Kindern im Einschulungsalter unterscheidet sich in den verschiedenen Berliner Stadtteilen deutlich. So häufen sich in den Wohnquartieren mit ungünstiger Sozialstruktur auch gesundheitliche Risiken. Dies betrifft insbesondere Gesundbrunnen, Wedding, Kreuzberg Nord, Kreuzberg Ost und Neukölln.

„Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass bereits im Vorschulalter bei einem Teil der Kinder gesundheitliche Gefährdungen zu beobachten sind. Prävention muss daher sehr früh beginnen und an den konkreten Problemen ansetzen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst, die Landesgesundheitskonferenz und die Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention tragen hier neben den Kindertagesstätten eine besondere Verantwortung.

Zahlreiche Projekte der Gesundheitsförderung, die gezielte Kinder- und Jugendschutzarbeit der bezirklichen Kinder- und Jugendgesundheitsdienste sowie die verstärkte Kooperation im Rahmen der Sozialen Stadt sind hierfür eine gute Basis“, so Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher.

Der Bericht ist abzurufen unter <http://www.berlin.de/sen/statistik/gessoz/gesundheits/spezial.html>

Rückfragen: Dr. Marie-Luise Dittmar, Telefon: 90252153

Pressemitteilung vom 29.03.2011, 10:35 Uhr
Senatsverwaltung für Justiz

JUSTIZTICKER UND FORMULARSERVICE ONLINE

Ab sofort sind unter

<http://www.berlin.de/sen/justiz/justizticker>

alle Meldungen der Berliner Justiz auf einen Blick zusammengefasst. Damit können sich interessierte Medienvertreterinnen und –vertreter aber auch Bürgerinnen und Bürger künftig noch schneller über die Pressemitteilungen der Berliner Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Senatsverwaltung der Justiz informieren.

Der neue Formularservice schafft darüber hinaus eine weitere Erleichterung im Umgang mit Formularen. Unter

<http://www.berlin.de/sen/justiz/formularserver>

werden Bürgerinnen und Bürgern zahlreiche Formulare, Merkblätter und Infobroschüren der Berliner Justiz kostenfrei zum Download zur Verfügung gestellt. Die Formulare können zum Beispiel genutzt werden, um einen Antrag auf Anerkennung einer ausländischen Entscheidung in Ehesachen zu stellen oder die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse für die Prozesskostenhilfe im Gerichtsverfahren abzugeben. Die Merkblätter und Infobroschüren enthalten zudem viele wichtige und interessante Informationen rund um die Justiz, beispielsweise zu den Themen Beratungshilfe, Erbrecht, Scheidung oder Schöffentätigkeit.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Justiz

Pressemitteilung vom 30.03.2011, 13:45 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

PROGRAMM "MOBBINGFREIE SCHULE" STARTET IM NEUEN SCHULJAHR 1.500 Mobbing-Koffer für Berliner Schule

Jedes achte Kind in Deutschland wird gemobbt. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse (TK). Die meist wiederholten Beleidigungen und Herabsetzungen können großes Leid bei den Opfern und ihren Familien erzeugen und langfristig auch krank machen. Um gegen Mobbing in der Schule vorzugehen, hat die TK gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung die Initiative "Mobbingfreie Schule - gemeinsam Klasse sein!" ins Leben gerufen.

Mit dem Anti Mobbing Programm sollen Lehrer, Schüler und Eltern im Umgang mit Mobbing gestärkt werden.

Thematisiert wird auch das derzeit in der Hauptstadt besonders brisante Thema Cybermobbing. "Mobbing ist ein ernst zu nehmendes Problem, weil Kinder tief verletzt werden. Deswegen ist der Umgang mit Mobbing als eine Form von Gewalt Gegenstand der pädagogischen Arbeit in den Schulen.

Cybermobbing ist eine vergleichsweise neue und besonders perfide Form des Mobbings, weil Meinungen in Sekundenschnelle eine weite Verbreitung finden. Ich bin überzeugt, dass das Thema Cybermobbing nicht losgelöst von allgemeinem Mobbing gesehen werden kann und schulische Erziehungsarbeit hier verzahnt organisiert werden muss und wird. Das neue Programm ergänzt die bereits in der Stadt vorhandene breite Palette von Projekten und Programmen im Bereich der Gewaltprävention hervorragend", betont Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner.

Die Berliner TK Chefin Susanne Hertzler ist davon überzeugt, dass in den Schulen eine regelrechte Anti-Mobbing-Kultur etabliert werden muss: "Wenn es uns gelingt, unsere Kinder zu stärken und sie dabei zu unterstützen, andere einzubeziehen statt diese auszugrenzen, haben wir schon viel erreicht."

In Berlin werden im Rahmen des Projektes Lehrkräfte, besonders aus den schulischen Krisenteams, zu den vielfältigen Aspekten des Themas „Mobbing“ fortgebildet. Sie wirken anschließend als Multiplikatoren, die Kollegien der weiterführenden Schulen in der Planung und Durchführung von Projektwochen zur Prävention von Mobbing beraten. Jede Schule, die eine solche Projektwoche durchführen will, erhält einen „Mobbingkoffer“, in dem ein Ordner mit ausführlichen Unterrichtsbeispielen sowie Informationsmaterial für die Schülerinnen, Schüler und Eltern und ein Aufklärungsfilm enthalten sind. Für Lehrkräfte ist damit ein sehr direkter Zugang zur Behandlung des Themas möglich. Mit dem Material und der Beratung durch die geschulten Fachkräfte kann sehr schnell und inhaltlich ausgegogen auf schulische Fälle von Mobbing reagiert werden. Die TK stellt Berlin 1.500 „Mobbing-Koffer“ zur Verfügung.

"Mobbingfreie Schule - gemeinsam Klasse sein!" wurde im Auftrag der TK vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) Hamburg entwickelt. In der Pilotphase an zwölf Hamburger Schulen wurde das Projekt evaluiert und zeigte vor allem im Hinblick auf die Faktoren "Aggression" und "Diskriminierung" positive Effekte. Primäres Ziel des Programms ist es, Lehrkräfte, Schüler und Eltern für mobbingbegünstigende Strukturen zu sensibilisieren und ihnen gleichzeitig Verhaltensvariationen vorzustellen, mit welchen diese aufgelöst werden können. Das Programm richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klassenstufe.

Redaktion: Beate Stoffers

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Pressemitteilung vom 30.03.2011, 09:00 Uhr
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten
**ABGABETERMIN FÜR FÖRDERUNG IN 2012
FÜR DEN HAUPTSTADTKULTURFONDS**

Frist: **15.04.2011**

Der Kurator für den Hauptstadtkulturfonds, Hans Helmut Prinzler, weist darauf hin, dass für eine Einzelprojektförderung aus dem „Hauptstadtkulturfonds“ für das Jahr 2012 Anträge bis zum 15. April 2011 gestellt werden können.

Aus dem Hauptstadtkulturfonds werden Einzelmaßnahmen und Veranstaltungen gefördert, die für die Bundeshauptstadt Berlin bedeutsam sind, nationale und internationale Ausstrahlung haben und besonders innovativ sind. Der Fonds soll durch die Förderung aktueller kultureller und künstlerischer Projekte dazu beitragen, von Berlin aus den überregionalen und internationalen kulturellen Dialog aufzunehmen und zu festigen.

Die Vergabe der Einzelprojektförderung erfolgt auf der Grundlage der Empfehlungen der „Jury für den Hauptstadtkulturfonds“ durch den „Gemeinsamen Ausschuss für den Hauptstadtkulturfonds“ unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Entscheidung zum Haushalt 2011 durch den Deutschen Bundestag und das Abgeordnetenhaus von Berlin.

AntragstellerInnen aus den Bereichen Theater und Tanz sollten zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits mindestens einmal eine öffentliche Förderung erhalten haben.

Informationen sowie Antragsformulare sind erhältlich bei der

Geschäftsstelle des Hauptstadtkulturfonds
c/o Der Regierende Bürgermeister von Berlin
– Senatskanzlei –
Kulturelle Angelegenheiten
Brunnenstrasse 188 – 190
10119 Berlin.

Telefon: 90228 – 744 bzw. per E-Mail
(<mailto:siegfried.langbehn@kultur.berlin.de>)
oder im Internet unter:
<http://www.hauptstadtkulturfonds.berlin.de>

Rückfragen: Siegfried Langbehn, Telefon: 90 228 744

Pressemitteilung vom 29.03.2011, 15:20 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

**DEUTSCHLAND – LAND DER IDEEN
SUCHT DIE BESTEN IDEEN FÜR DIE
BILDUNGSREPUBLIK**

Frist: **16.05.2011**

Mit der Auszeichnung der besten „Bildungs Ideen“ soll die Anerkennung gesellschaftlichen Engagements gestärkt und dadurch zu mehr Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen beigetragen werden.

Die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ freut sich, den Wettbewerb „Bildungs Ideen“ gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Kooperation mit der Vodafone Stiftung Deutschland dieses Jahr erstmalig auszurufen.

„Es gibt zahlreiche Schulprojekte und Vereine, die durch ihre Tätigkeit Schülerinnen und Schüler auf ihrem individuellen Bildungsweg begleiten und fördern. Ich möchte alle, die sich derart für die Bildungsperspektiven der Kinder engagieren, ermuntern, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen“, so Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner.

Auf <http://www.bildungs ideen.de> können sich vom 24. März bis 16. Mai 2011 Initiativen, Institutionen und Vereine bewerben, die folgende Kriterien erfüllen:

- Engagement für Bildungsgerechtigkeit
- Vernetzung verschiedener Akteure
- Vorbildcharakter
- Nachhaltigkeit

Unter bildungs ideen@land-der-ideen.de werden auch persönliche Vorschläge entgegengenommen.

Redaktion: Beate Stoffers

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Anfragen an den Senat

Kleine Anfragen:

Titel: Kriminelle Sippen in Berlin
 Abgeordneter: Kurt Wansner (CDU)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14924.pdf>

Titel: Kriminelle Sippen in Berlin II; GE Ident
 Abgeordneter: Kurt Wansner (CDU)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14925.pdf>

Titel: Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung
 Abgeordneter: Peter Trapp (CDU)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15114.pdf>

Titel: Einbürgerungen in Berlin - Hinnahme der Mehrstaatigkeit
 Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15087.pdf>

Titel: Internationale Stadt Berlin - Senat
 Abgeordneter: Oliver Schruoffeneger (Bündnis 90 / Die Grünen)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15126.pdf>

Titel: Internationale Stadt Berlin - Universitäten und Hochschulen
 Abgeordneter: Oliver Schruoffeneger (Bündnis 90 / Die Grünen)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15127.pdf>

Titel: Internationale Stadt Berlin - Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung
 Abgeordneter: Oliver Schruoffeneger (Bündnis 90 / Die Grünen)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15125.pdf>

Titel: Die Dritte Halbzeit - Problemfans im Berliner Fußball
 Abgeordneter: Benedikt Lux (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15083.pdf>

Titel: Arbeitskreis Islam und Schule - Hilfe für Praxis oder Bürokratiekostenmaximierung?
 Abgeordneter: Joachim Esser (Bündnis 90 / Die Grünen)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15090.pdf>

Titel: Lernsoftware "Schlaumäuse" zur Förderung des frühkindlichen Schriftspracherwerbs II
 Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15140.pdf>

Titel: Christliche Gewerkschaften nicht tariffähig
 Abgeordneter: Elke Breitenbach (Die Linke)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/NichtbehMdlAn/n16-07809.pdf>

Nicht behandelte Mündliche Anfragen:

Titel: Rechts- und linksextremistisch motivierte Straftaten in Berlin im Jahr 2010
 Abgeordneter: Peter Trapp (CDU)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/NichtbehMdlAn/n16-07720.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:

**BERLINER EUROPAPORTAL
UND EUROPA-NEWSLETTER**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/index.html>

Regelmäßig aktuelle Informationen zu EU-Förderprogrammen, Aus- wie Weiterbildung und vieles mehr bietet der regelmäßig am Anfang eines jeden Monats erscheinende Newsletter „Europa in Berlin - Berlin in Europa“ unter der Adresse

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter.html>.

Diese Veröffentlichung bietet zielgruppenspezifische EU-Informationen für die Berliner Senatsverwaltungen und Bezirke. Ein Abonnement ist ebenfalls möglich.

Informationen zu aktuellen Ausschreibungen gibt die Berliner Datenbank EU-Pro²fil unter

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/index.html>

3.290 ASYLANTRÄGE IM FEBRUAR 2011

Im Februar 2011 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 3.290 Asylersanträge gestellt. Die Zahl der Asylbewerber sank im Vergleich zum Vormonat um 458 Personen (-12,2 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat Februar 2010 stieg die Zahl der Asylbewerber um 929 Personen (39,4 Prozent).

641 Personen erhielten im Februar 2011 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (14,9 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 237 Personen (5,5 Prozent) sogenannten "subsidiären Schutz" (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 Aufenthaltsgesetz).

Weiter mit den Hauptherkunftsländern und den Zahlen im Einzelnen unter:

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilung/n/DE/2011/03/asylzahlen_februar2011.html?nn=109632

[PM BMI v. 14.03.2011]

INTERESSENBEKUNDUNGSVERFAHREN ZUR EINRICHTUNG VON FACHSTELLEN ZU SCHWERPUNKTTHEMEN DER ARBEITSMARKTINTEGRATION

Frist: **06.05.2011**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales führt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Bundesagentur für Arbeit ein bundesweites Interessenbekundungsverfahren zur Einrichtung und Durchführung von Fachstellen zu Schwerpunktthemen der Arbeitsmarktintegration durch. Das Interessenbekundungsverfahren richtet sich an Institutionen, die sich bereits in der Vergangenheit inhaltlich mit einem oder mehreren Themen der geplanten Fachstellen auseinander gesetzt haben und über entsprechendes Know-how verfügen.

Wortlaut der gesamten Mitteilung mit schematischer Darstellung des Förderprogramms, der Förderrichtlinie und der Bekanntmachung unter:

http://www.bmas.de/portal/50876/2011_03_07_integrations_durch_qualifizierung_bekanntmachung.html

Bekanntmachung im Internet (direkt) unter:

http://www.bmas.de/portal/50866/property=pdf/2011_03_07_integrations_durch_qualifizierung_bekanntmachung.pdf

XENOS - INTEGRATION UND VIELFALT

Aufruf für die 2. Förderrunde startet Mitte Mai 2011

Das Bundesprogramm "XENOS - Integration und Vielfalt" verfolgt das Ziel, Demokratiebewusstsein und Toleranz zu stärken und Fremdenfeindlichkeit und Rassismus abzubauen. Dabei geht es vor allem um präventive Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft.

Zielgruppen

Benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene sollen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt und bei der Integration in die Gesellschaft nachhaltig unterstützt werden. Erwachsene werden bei der Präventionsarbeit stärker in den Fokus genommen als bisher. Einbezogen wird auch die Zielgruppe der (ehemaligen) Strafgefangenen insbesondere mit dem Ziel der beruflichen Integration bildungsbenachteiligter jugendlicher Straftäter.

Laufzeit:

Die Umsetzung von XENOS - Integration und Vielfalt erfolgt in zwei Förderrunden. In der 1. Förderrunde werden von 2008 bis Ende 2012 rund 253 Projekte gefördert. Die Projektlaufzeit beträgt maximal drei Jahre.

Mitte Mai 2011 wird es einen neuen Aufruf für die 2. Förderrunde geben.

Mehr Informationen im Internet unter:

http://www.esf.de/portal/generator/6662/xenos_integrati_und_vielfalt_inhalt.html

MASF Brandenburg:

Arbeitnehmerfreizügigkeit**LOHNDUMPING****DURCH MINDESTLÖHNE VERHINDERN**

26-seitiger Bericht der Brandenburger Landesregierung über die Vorbereitungen auf die ab 01.05.2011 geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit vorgelegt.

Download:

<http://www.masf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.244507.de?highlight=>

Pressemitteilung:

<http://www.masf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.244313.de>

Roma:

BINDENDE EU-STANDARDS FÜR EINE BESSERE INTEGRATION

Für die 10 bis 12 Millionen Roma in Europa sollte es bindende EU-Mindeststandards geben, um ihren Zugang zu Beschäftigung, Bildung, Wohnqualität und dem Gesundheitswesen zu verbessern, so die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Mit der am 09. März 2011 angenommenen Entschließung wollen sie die künftige Europäische Strategie der Kommission zur Integration der Roma beeinflussen.

Sie fordern auch einen verbesserten Schutz der Grundrechte und eine bessere Nutzung der EU-Finanzierung.

Weiter unter:

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110309IPR15166/html/Roma-bindende-EU-Standards-f%C3%BCr-eine-bessere-Integration>

Appell:

EUROPAS VERANTWORTUNG ALS CHANCE FÜR DIE ROMA

Der ungarische EU-Kommissar László Andor (zuständig für Beschäftigung, Soziales und Integration) und Staatssekretär Zoltán Balog vom Budapester Ministerium für öffentliche Verwaltung und Justiz warnen in einem gemeinsamen Appell davor, sich mit der aussichtslosen Lage der europäischen Roma abzufinden. Sie veröffentlichen den Appell für den deutschsprachigen Raum exklusiv auf EurActiv.de.

Im Internet unter:

<http://www.euractiv.de/soziales-europa/artikel/europas-verantwortung-als-chance-fr-die-roma-004452?newsletter=8675>

Initiativen**GIRLS'DAY 2011:****Mädchen mit Migrationshintergrund willkommen!**

Am 14.04.2011 heißt es für Schülerinnen ab Klasse 5 wieder: Heraus aus der Schule, hinein in die Betriebe. Es ist Girls'Day, der Berufsorientierungstag für Mädchen in Handwerk, Technik und Naturwissenschaften.

Auch Türkische Organisationen beteiligen sich. Die Türkisch-Deutsche Unternehmervereinigung (TDU) bietet das Seminar "Chefin werden!" an und der Verein Türkische Unternehmer und Handwerker lädt zur Arbeit mit dem Computer ein. Über 400 Veranstaltungen stehen den Schülerinnen offen. Anmeldung über www.girls-day.de oder www.girlsday-berlin.de.

Kontakt

Infos bei der Landeskoordination für den Girls'Day in Berlin bei
LIFE e.V.
Dircksenstraße 47
10178 Berlin

Almut Borggreffe
Kornelia Ruppmann
Tel.: (030) 308 798-12/16

E-Mail: girlsday@life-online.de
Internet: <http://www.life-online.de>

Ausschreibung:

INITIATIVE „ICH KANN WAS!“ Kompetenzerwerb für junge Menschen

Frist: **21. April 2011**

Am 1. März 2011 startet die diesjährige Ausschreibung der „Ich kann was!“-Initiative, mit der die Deutsche Telekom den Kompetenzerwerb junger Menschen bundesweit fördert. Seit dem Start der Initiative im April 2009 konnten mehr als 30.000 Kinder und Jugendliche erreicht und im Erwerb zentraler Alltagskompetenzen unterstützt werden.

Die diesjährige Ausschreibung der „Ich kann was!“-Initiative hat das Thema gerechte Gesellschaft als Schwerpunkt. Denn Kinder und Jugendliche machen nahezu täglich ganz eigene Erfahrungen mit Ungleichheit und Ungerechtigkeiten. Für die Entwicklung persönlicher Zukunftschancen müssen sie daher lernen, sich in einem heterogenen Umfeld gut zurecht zu finden und mit Unterschieden umzugehen. Zentrale Kompetenzen dafür sind Empathie- und Konfliktfähigkeit sowie die Fähigkeit sich einzubringen. Ob nun ein Filmprojekt, das sich mit Ausgrenzungserfahrungen auseinandersetzt, ein interkulturelles Theaterstück oder ein Workshop zu gewaltfreier Kommunikation – unterstützt werden in diesem Jahr vor allem solche Projekte, die ein respektvolles und tolerantes Miteinander fördern.

Die „Ich kann was!“-Initiative fördert Projekte und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die sich an Kinder und Jugendliche zwischen neun und 14 Jahren richten. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Einrichtungen in mittelbarer oder unmittelbarer Nähe von sozialen Brennpunkten. Jährlich werden 50 bis 100 Projekte und Einrichtungen gefördert, die gezielt auf die Weiterentwicklung von Schlüsselkompetenzen der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet sind. Die Förder-summe orientiert sich jeweils am individuellen Projektbedarf, die maximale Förderhöhe beträgt 15.000 Euro.

Weitere Informationen zu den Zielen der Initiative sowie den Förderkriterien, die Ihnen als Orientierung für eine erfolgreiche Bewerbung dienen können, finden Sie in unserer Ausschreibungsbroschüre und auf der Internet-Seite www.initiative-ich-kann-was.de. Hier können Sie sich auch direkt online bewerben. Das für die Online-Bewerbung benötigte Passwort wird Ihnen unmittelbar nach der Registrierung an die von Ihnen angegebene E-Mail-Adresse zugesandt.

Wir würden uns sehr freuen, wenn möglichst viele Einrichtungen die Chance einer Bewerbung nutzen, um eigene Kompetenz fördernde Projekte und Aktivitäten durchzuführen. Sollten Sie selbst keine eigenen Maßnahmen durchführen, können Sie dieses Schreiben gerne an interessierte Einrichtungen weiterleiten.

Die Bewerbungsfrist endet am 21. April 2011.

Für alle Fragen rund um Ihre Bewerbung erreichen Sie uns kostenlos unter (0800) 181 2486. Oder schicken Sie uns einfach eine E-Mail an info@initiative-ich-kann-was.de. Wir helfen Ihnen gerne weiter.

Kontakt

Projektbüro „Ich kann was!“-Initiative
Postfach 2000
53105 Bonn

Tel.: (0800) 181 2486

E-Mail: info@initiative-ich-kann-was.de
Internet: <http://www.initiative-ich-kann-was.de>

Qualifizierungen

FCZB e.V.:

AKTUELLE FORTBILDUNGEN IM FRAUENCOMPUTERZENTRUMBERLIN Nichts geht mehr - ohne das Internet

Start: **15.04./ 18.04.2011**

Modulare Fortbildung „Web Publishing Basics“

Im Alltag und mehr noch im Berufsleben, ist der kompetente Umgang mit aktuellen Internet-Anwendungen heute immer häufiger Voraussetzung für einen Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und Chancen individueller Existenzsicherung.

Ob NGO, Kleinunternehmen oder Selbständige, wer heute in der Lage ist, relevante Informationen und Selbstdarstellung mit einer Web-Präsenz eigenständig zu verbreiten und zu pflegen, ist im Vorteil und spart Kosten der Beauftragung externer Dienstleister.

Grundlage dafür sind immer noch HTML, CSS, aber auch Kenntnisse zur Suchmaschinenoptimierung, Einsatz von Contentmanagement Systemen und andere Web Publishing Basics, die das FCZB im Frühjahr 2011 in einer modular aufgebauten Fortbildung im Angebot hat. Neu hinzugekommen sind Lerneinheiten zu aktuellen Web 2.0 Werkzeugen, die ermöglichen, die kommunikativen Möglichkeiten des modernen Internets zu nutzen.

Die modular aufgebaute Reihe startet am 18.4. mit einer Einführung und endet 8 Wochen später mit dem Abschluss eines tutoriell begleiteten Website-Praxisprojektes der Teilnehmerinnen. Je nach Vorkenntnis und Themen-Interesse können alle oder nur einzelne Module belegt werden, ein Einstieg ist nach Absprache jederzeit machbar.

Teilnahme ist mit Bildungsgutschein oder als Selbstzahlerin möglich.

Die Fortbildung ist auch als berufsbegleitende Qualifizierung gut geeignet, denn mit der Mischung aus Präsenz- und Online-Lernzeiten bietet sie viel Raum für individuelle Lernrhythmen.

Start: 18. April 2011

Karriere und Bewerbung online managen – mit Web 2.0

Längst vorbei sind die Zeiten, da Bewerbungsmappen über den Postweg auf den Schreibtischen der Personalverantwortlichen landeten.

Online-Bewerbungsmappen mit knappem Mail-Anschreiben zu versenden, ist heute ein Standard, der bei Nichtbeachtung der hiermit verbundenen Regeln (z.B. keine riesigen Dateianhänge ...) zum K.O. Kriterium bei der Erstauswahl der Kandidaten/innen wird.

In Zeiten des Web 2.0 geht es nicht nur darum, digital einen überzeugenden CV oder ein Kompetenzprofil zu präsentieren, sondern in der virtuellen Welt aktiv Flagge im gewünschten beruflichen Feld zu zeigen. Beiträge in Forendiskussionen, ein eigener Blog, für ein Fachpublikum interessante Bookmark-Listen mit anderen teilen oder in einem Wiki schreiben, sagt mehr über eine Job-Bewerberin als Lebenslauf und Kompetenzprofil im PDF-Anhang.

Wer sich hier aktiv und inhaltlich qualifiziert beteiligt, kann mit seinen Spuren im Netz punkten. Aber auch unerwünschte Details aus dem eigenen Leben können Spuren im Netz hinterlassen, die man in einer Bewerbungssituation nicht gebrauchen kann.

Die Online-Reputation optimieren, Spuren dort hinterlassen, wo sie erwünscht sind, eine gute „Googleability“ erreichen, mit Empfehlungen arbeiten, neue und zeitgemäße Bewerbungsstrategien entwickeln – schlicht, das Web 2.0 für den beruflichen Werdegang zu nutzen, ist Ziel des innovativen Coachings „Karriere und Bewerbung online managen – mit Web 2.0.“.

Das Coaching ist als Pilotprojekt angelegt – für die Teilnehmerinnen entstehen daher keine Kosten.

Start: 15. April 2011

Kontakt

Mehr Infos zu beiden Fortbildungen:

Website: <http://www.fczb.de/fortbildung.html>

Infotermine:

Jeden Montag 10-11:00 Uhr im FrauenComputerZentrumBerlin e.V.

Anmeldung und Kontakt:

E-Mail: wolf@fczb.de

Fortbildungsleiterin:

Cornelia Carstens

E-Mail: carstens@fczb.de

Tel.: (030) 617970-35.

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB)

Cuvrystraße 1

10997 Berlin

Tel.: (030) 617970-23, Fax.: (030) 617970-10

EUROPEAN MASTER IN INTERCULTURAL EDUCATION

Weiterbildender Masterstudiengang für des akademische Jahr 2011/12

Bewerbungsfrist: **30.04.2011**

Der European Master in Intercultural Education ist ein einjähriger Weiterbildungsstudiengang. Es werden grundlegende Kenntnisse über die Migrationsgeschichte, die nationalen und multikulturellen Siedlungsstrukturen Europas, über Theorien des Sprachenlernens und Varianten des Zweitspracherwerbs, über Rassismus und andere Formen der Diskriminierung und die sich daraus herleitenden pädagogischen Herausforderungen vermittelt.

Ziel des Studiengangs ist es, die Studierenden zur kritischen Reflexion der subjektiven Verwurzelung in unterschiedlichen kulturellen Traditionen und Wertesystemen zu befähigen. Sie sollen in die Lage versetzt werden, interkulturelle und antirassistische Erziehungsziele in pädagogische Umgebungen umzusetzen, Strategien zur Bekämpfung von Rassismus zu entwickeln sowie Konzepte zur Förderung von Sprachkompetenz bei Kinder ethnischer Minoritäten. Die Lehrveranstaltungen finden sowohl in Englischer als auch in Deutscher Sprache statt.

Kontakt

Infos (Montag bis Donnerstag, 10-15 Uhr)

EM in Intercultural Education

Freie Universität Berlin

FB Erziehungswissenschaften & Psychologie

AB Interkulturelle Erziehungswissenschaft

Habelschwerdter Allee 45

14195 Berlin

Telefon: (030) 838 56329

Telefax: (030) 838 55441

E-Mail: christina.ayazi@zedat.fu-berlin.de

Internet: <http://www.fu-berlin.de/em-ice>

Workshops/ Tagungen

04.05., bridge – Fachveranstaltung:

FLÜCHTLINGE ALS FACHKRÄFTE - WIE UNTERNEHMEN AKTIV WERDEN

4. Mai 2011, 13.00 bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Gesundheits- und Sozialzentrum Moabit (GSZM)
Zentrum Überleben,
Haus J, kleiner Hörsaal, 1. Etage
Turmstraße 21
10559 Berlin

In Deutschland wird derzeit viel diskutiert über fehlende Auszubildende und Arbeitskräfte in Unternehmen, den demografischen Wandel und die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Viele Flüchtlinge, die bereits in Deutschland leben, haben eine Ausbildung und Berufserfahrung: Sie sind Ärzte, Frisöre oder Facharbeiter. Andere haben keine einschlägige Ausbildung und bisher in ihrem Leben nur wenig Gelegenheit gehabt, die Schule zu besuchen. Sie alle kennen das Leben in Berlin und sind häufig sehr motiviert, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Dennoch ist es schwer für Flüchtlinge, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Rechtliche und strukturelle Zugangsbarrieren oder fehlende Kompetenzen erschweren den Weg in die Betriebe. Zudem sind Unternehmen noch zögerlich bei ihrer Einstellung.

Das Berliner Netzwerk für Bleiberecht „bridge“ hat die Verbesserung der Teilhabe von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen am Erwerbsleben zum Ziel und schlägt deshalb eine Brücke hinein in die Unternehmen.

bridge möchte Sie herzlich einladen, zusammen mit der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Carola Bluhm, Unternehmern und weiteren Vertretern aus Politik und Gesellschaft Herausforderungen und erprobte Ansätze zur betrieblichen Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Programm

- **13.00 Uhr Grußwort des Gastgebers**
Joachim Ruffer, Koordinator des Zentrums für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste im Zentrum Überleben

Vorträge

- **Flüchtlinge und Arbeitsmarktintegration – ein Thema für Berlin**

Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

- **Flüchtlinge im ESF - Zielsetzung des Bundesprogramms**
Sabine Baun, Leiterin der Gruppe Europäische Fonds für Beschäftigung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- **Fachkraft Flüchtling – Herausforderung und Notwendigkeit**
Claus Kohls,
Personalleiter Gegenbauer-Gruppe
- **Angebote für Flüchtlinge und Unternehmen – ein Vorschlag für Kooperationen**
Dr. Gerlinde Aumann und Joachim Ruffer,
Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste
- **Was braucht Berlin? – 10 Thesen aus Sicht von bridge**
Heidi Gellhardt, Arbeit und Bildung

Podiumsdiskussion ab 14.30 h

Welche Verantwortung tragen die Arbeitsmarktakteure beim Thema Fachkraft Flüchtling?

- Günter Piening, Integrationsbeauftragter des Senats von Berlin (Moderation)
- Stefan Felisiak, Geschäftsführer JobCenter Berlin Friedrichshain-Kreuzberg
- Ulrich Söding, Leiter des Ausbildungsinstituts bei Vivantes
- Bernhard Kirsch, das büro für arbeitundausbildung
- Katharina Schumann, Handwerkskammer Berlin
- Mohammed Jouni, Mitarbeiter bei Vivantes und ehemaliger bridge-Teilnehmer
-

Anschließend Empfang

Anmeldung per Fax oder E-Mail

Frau Bahar Yildirim
Büro des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017-2324

Fax: (030) 9017-2320

E-Mail: bridge@intmig.berlin.de

Internet: <http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

Kontakt

Frau Imke Juretzka
ESF-Projekt
„bridge – Berliner Netzwerk für Bleiberecht“
Büro des Beauftragten des Senats von Berlin

für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017-2389

E-Mail: bridge@intmig.berlin.de

Internet: <http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

09.04., MRBB:

TAGUNG

zur Priorisierung der im Maßnahmenkatalog enthaltenen Empfehlungen der Zivilgesellschaft im Rahmen des Landesaktionsplanes gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR)

Erinnerung zum Aufruf und das Tagesprogramm zur Priorisierung der im Maßnahmenkatalog enthaltenen Empfehlungen der Zivilgesellschaft im Rahmen des Landesaktionsplanes gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR).

Hintergrund:

Zwischen 2009-2010 ist erstmalig durch die Beteiligung der Berliner Zivilgesellschaft ein Aktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung entstanden. Es beinhaltet konkrete und allgemeinere Maßnahmen, die zur Interkulturellen Öffnung und vor allem zur Aufhebung der strukturellen Diskriminierung in Berlin einer gezielten und vor allem bedarfsorientierten Umsetzung bedürfen.

Nach der Abgabe des Maßnahmenkatalogs an die Landesstelle für Gleichberechtigung –gegen Diskriminierung (LADS) im April 2010 leitete diese ihn an die Senatsverwaltungen weiter, die ihn zur Kenntnis nahmen und kommentierten.

Das Ergebnis: auf 380 Empfehlungen sind die Senatsverwaltungen bereit ca. 40 Maßnahmen zu implementieren. Die 40 Maßnahmen wurden jetzt im März 2011 mit einem Senatsbeschluss verabschiedet.

Es ist jetzt notwendig, weitere Maßnahmen durch ein Priorisierungsverfahren ins Spiel zu bringen. Manche Senatsverwaltungen haben nämlich unsere Empfehlungen radikal abgelehnt und somit gezeigt, was sie von einem Austausch mit der Zivilgesellschaft halten.

Das können wir so nicht stehen lassen!

Deswegen laden wir zu einer Veranstaltung am 09.04., 9:30-16 Uhr im Familiengarten, Oranienstraße 34, HH Hochparterre ein.

Das Ergebnis dieses Treffens soll sein, unsere Empfehlungen in kurz-mittel-langfristige Maßnahmen zu unterteilen und diese nochmal den jeweiligen Senatsverwaltungen zur Prüfung einzureichen.

Details über das Verfahren finden Sie im Aufruf. Den Maßnahmenkatalog seitens der Zivilgesellschaft finden Sie unter:

http://www.migrationsrat.de/dokumente/projekte/haertefall/LAPgR_Final_MRBB.pdf.

Um der NGO-Stimme ein kraftvolles und selbstbewusstes Gewicht zu geben, brauchen wir ein starkes Bündnis. Deswegen ruft der Migrationsrat Berlin Brandenburg als Dachverband von über 70 Migrant/innenvereinen alle Berliner NGOs und einzelne Personen als ExpertInnen auf, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

Wir laden Sie herzlich ein, bei dem LAPgR mitzumachen. Diskutieren Sie mit und gestalten damit ein Stück Zukunft für ein rassismussensibles Berlin!

Das Tagungsprogramm im Internet:

http://www.mrbb.de/dokumente/pressemitteilungen/Tagungsprogramm_09042011.pdf

Kontakt

Migrationsrat Berlin Brandenburg e. V.
Oranienstraße 34
10999 Berlin

Elena Brandalise

Tel.: (030) 616 587 55

Fax: (030) 616 587 56

E-Mail: info@mrbb.de

Internet: <http://www.mrbb.de>

Aus Projekten und Vereinen

RADIO MULTICULT.FM STARTET TÄGLICHES LIVE-PROGRAMM

Seit dem 28. März sendet das Weltkulturradio multicult.fm aus dem neugebauten Studio in der Marheineke Markthalle: multilingual, aktuell, kritisch und politisch, mit einer unverwechselbaren Musikfarbe.

Auf UKW 88,4 und im Internet unter www.multicult.fm, steht Montag bis Freitag von 7.00-9.00 Uhr ein Morgenmagazin im Mittelpunkt: frisch vom Markt, mit frischem Esprit, jeden Tag live. Als kosmopolitisches Format mit regionalem Fokus setzt es auf Inhalte, die für das vielfältige Zusammenleben in der Hauptstadtregion besondere Relevanz haben, spannt den Bogen von Berichten aus den lokalen Communities zu weltpolitischen Themen und Nachrichten.

Verschiedene Rubriken wie zum Beispiel "Eco mondo" zum Thema Umwelt werden darin ihren Platz haben, wie auch das Format „Reisefieber“ von und mit Ulf Hoffmann und Rainer Löhr, den Machern der gleichnamigen, ehemaligen Kultsendung auf radiomultikulti, in der diesen Monat z.B. eine einwöchige Reise nach Bangkok verlost wird.

In den frühen Abendstunden wird das Programm innovativ und multikulturell: Sendungen in verschiedenen Sprachen – von Spanisch bis Chinesisch- laufen im Internetprogramm rein muttersprachlich, zeitgleich hört man sie auf UKW auf Deutsch - in der lingua franca des Senders.

Auch im musikalischen Programm hat das Radio Exquisites zu bieten: zum Beispiel Deutschlands einzige Radiotangoshow »Tango Globale« mit dem bekannten argentinischen Sänger Fernando Miceli. DJ und Produzent Stefan Rogall, der Erfinder von Nicola Contes Italo-Bossa, entführt die Hörer in den Grenzbereich zwischen Jazz und Weltmusik, musikalische Leckerbissen vor allem für Nostalgiker bieten auf hochprofessionellem Niveau ehemalige radiomultikulti Djs und Moderatoren wie Katrin Wilke, Wolfgang König oder Gerhard Müller.

Die etwa 80 Radiomacher arbeiten seit nunmehr 26 Monaten ehrenamtlich, voller Enthusiasmus und völlig unkonventionell: der Programmierer aus NRW reist extra nach Berlin um einen maßangefertigten Spezialstudiotisch zu bauen, der Hochschuldozent sorgt fürs Graphikdesign, koordiniert aber gelegentlich auch die Kommunikation zwischen den Autoren.

Markenzeichen des gesamten multicult.fm Programms sind Hörernähe, Interaktivität und Partizipation: Bei-

spielsweise bestimmen in dieser Woche Hörer über ein faires Website-Voting den Namen des Morgenmagazins, vor dem großen Studiofenster lädt eine kleine Kaffeetheke die Besucher der Markthalle zum Verweilen und Chatten während des Sendebetriebs ein, nach einem kleinen Qualitäts-Check kann jeder Rapper spontan vor das professionelle Mikro treten. Ein runder Tisch bietet Deutschen und „Neu-Deutschen“ ein Forum für Debatten und fördert aktiv die Medienkompetenz.

Das Credo des Senders: Die Zukunft der Stadt liegt im multikulturellen Miteinander. Für dieses funkt das junge Radio multicult.fm aus der traditionsreichen Kreuzberger Markthalle.

Kontakt

multicult Radio-
und Medienproduktionen gUG

Marheineke Markthalle
Marheinekeplatz 15
10961 Berlin

E-Mail: info@multicult.fm
Internet: <http://www.multicult.fm>

AWO-BEGEGNUNGSZENTRUM Monatsprogramm April/ Mai 2011

11.04., Montag, 14.00 -17.00 Uhr

Zweimal im Monat, immer montags, bietet die Deutsche Rheuma-Liga Informationen und individuelle Beratung in den Räumen des Begegnungszentrums an. Telefonische Terminvereinbarung bei Frau Inge Haufschild unter Tel: 32 290 29 64 wird erbeten
Nächste Termine: Montag, 9.Mai und 23.Mai
Ort: AWO Begegnungszentrum

Donnerstags ab 14.April, 10.00 – 13.00 Uhr

Beginn eines neuen 10-wöchigen Internetkurses - noch sind Anmeldungen möglich
Ort: AWO Begegnungszentrum

19.04., Dienstag, 12:00 Uhr

„Treffpunkt der Kulturen“ geht gemeinsam Kegeln. Teilnahmegebühr 2,00 €. Wir bitten um Anmeldung bei Ramona, Tel.: 695 34 051 oder Filiz Tel.: 695 35 613
Treffpunkt: 12.00 Uhr am Blumenstand in der U-Bahn Kottbusser Tor

26.04., Dienstag

Ausflug mit Glad e.V.
Uhrzeit und Treffpunkt bitte erfragen

03.05., Dienstag

„Treffpunkt der Kulturen“ macht einen Ausflug in den Botanischen Garten.

Uhrzeit und Treffpunkt bitte erfragen

09.05., Dienstag, 13.00 Uhr

Unter dem Motto „Geschichte kennenlernen“ machen wir einen Ausflug zum sowjetischen Ehrenmal in Trep-tow, um etwas über den Tag der Befreiung zu erfahren.
Ort: AWO Begegnungszentrum

28.05., Samstag, 13.30 Uhr

Fest am Mariannenplatz
Das Begegnungszentrum wird mit einem Stand beim Fest dabei sein.
Treffpunkt: AWO Begegnungszentrum

Freizeitgruppen

Mittwoch, 11.00-14.00 Uhr

Handarbeitsgruppe „Bunte Kreationen – die AWO Kir-schen“
Ort: AWO Begegnungszentrum, Seniorenraum

Sonntags und Montags, 12.00–17.00 Uhr

Türkischsprachige Rentnergruppe
Ort: AWO Begegnungszentrum, Cafeteria

Dienstags, ab 14.00 Uhr

Spanischsprachige Rentnergruppe
Ort: AWO Begegnungszentrum, Cafeteria

Donnerstags 15.00-18.00 Uhr

Dobar Dan Gruppe, Rentner aus dem früheren Jugo-slawien, treffen sich alle zwei Wochen: 14.04.11, 28.04.11, 12.05.11, 26.05.11 und 09.06.11.
Ort: AWO Begegnungszentrum, Seniorenraum

Freitags, 17.00-21.00 Uhr

Griechischsprachige Rentnergruppe
Ort: AWO Begegnungszentrum, Cafeteria

Kontakt

AWO Begegnungszentrum
Adalbertstraße 23A
10997 Berlin-Kreuzberg
Internet: <http://www.begegnungszentrum.org>

Weitere Auskünfte bei:

Filiz Müller-Lenhartz,
Tel.: (030) 6953 5613
oder
Susanne Koch
Tel.: (030) 6953 5619

Babel e.V.:

PROGRAMM APRIL 2011

Aus dem Veranstaltungsangebot im April 2011

Öffentliche Veranstaltungen

Kid's Club – der interkulturelle Spielespaß am Nachmit-tag

Spaß, Spiele, Basteln, Kochen, kreatives Gestalten, Line Dance und viele Überraschungen für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund

Montag bis Donnerstag von 14.00 - 18.00 Uhr

Medienwerkstatt für Kids

Kinder und Jugendliche erlernen den Umgang mit den neuen Medien und bauen vorhandene Kenntnisse aus

Jeden Montag ab 14.00 Uhr

Interkultureller Jugendbeirat im Haus Babylon

Austausch, Gespräche und Diskussionen zu verschiedenen Aspekten des Zusammenlebens in der multikulturellen Ge-sellschaft

Jeden Dienstag von 17.00 Uhr - 20.00 Uhr

Begegnung der Kulturen - Interkultureller Brunch

Informationen, Gespräche, Austausch und gegenseitiges Kennenlernen von Menschen unterschiedlicher Kulturen in gemütlicher Atmosphäre zu unterschiedlichen Themen und Ländern

Jeden Donnerstag von 10.00 Uhr - 12.00 Uhr

Begegnung der Kulturen - Interkultureller Jugendtreff

Salotreff - Freizeittreff für Jugendliche unterschiedlicher Kultu-ren und Herkunft (ab 18 Jahre)

Jugendliche unterschiedlicher ethnischer und religiöser Her-kunft verbringen gemeinsam ihre Freizeit

Immer freitags von 20.00 Uhr - 02.00 Uhr

SelbstAnsichten - Ogonjok

Menschen mit und ohne Migrationshintergrund treffen sich in gemütlicher Atmosphäre mit Spätaussiedlern zu einem gesel-ligen Nachmittag.

Am Freitag, den 25.03.2011, ab 15.00 Uhr

Veranstaltungen mit Voranmeldung

Projektwochen mit Schulen: **April 2011**

Leseratten: Mit Kindern quer durch Indien

Mit Spannung, Spiel und viel Spaß wird die Lust auf Bücher, die Freude am Buch, sowie das Interesse an anderen Kultu-ren geweckt.

Montags bis freitags, Termine auf Anfrage

Frühlings- und Osterbräuche in aller Welt

Kinder lernen spielerisch Frühlings- und Osterbräuche ande-rer Länder kennen

Ab April 2011, Montag bis Freitag, Termine auf Anfrage

Kurse und Arbeitskreise

(Um Voranmeldung wird gebeten)

Deutschförderkurs für Schüler mit Migrationshintergrund

Schriftliche und mündliche Übungen zur Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit in der deutschen Sprache speziell für Schüler mit Migrationshintergrund

Montag und Donnerstag von 14.45 Uhr - 16.00 Uhr

Deutschförderkurs für Anfänger

Hilfe bei der Entwicklung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache im mündlichen und schriftlichen Bereich

Dienstag bis Donnerstag von 9.00 Uhr - 12.00 Uhr

Deutschförderkurs für Fortgeschrittene

Hilfe bei der Entwicklung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache für Teilnehmer mit Vorkenntnissen

Montag - Donnerstag von 9.00 Uhr - 12.00 Uhr in der Zweigstelle Hellersdorfer Promenade 20

Kinder erlernen und verbessern ihre kreativen Fähigkeiten

Jeden Donnerstag von 14.00 Uhr - 17.00 Uhr

nata'allam al-'Arabiyya – Arabisch-Kurs

Arabisch-Kurs für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Montag und Dienstag von 15.30 Uhr – 17.00 Uhr

Weltkinder – Kinderwelten

Mit den Mikroprojekten „Logik-Training für Kinder“, Schach, Dame, Mühle und Halma für kleine Anfänger, Kreatives Gestalten von Stoffen“, Kinder gestalten unter fachlicher Anleitung selbst Stoffe, „Kids kochen sich durch die Welt“, Kinder kochen, backen und probieren Gerichte aus aller Welt

Montag – Donnerstag ab 15.00 Uhr

Solnyschko - Sonnenscheinchen

Russisch für Kinder. Kinder lernen spielerisch Russisch

Montag bis Donnerstag 16.00 - 17.30

Keyboardunterricht für Kinder und Jugendliche

Für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Montag - Freitag ab 15.00 Uhr

Um telefonische oder persönliche Voranmeldung wird gebeten.

Auskünfte und Beratungen

Niedrigschwellige Beratungs-, Betreuungs-, und Begleitangebote

Beratung & Begleitung

Mo – Fr 9.00 – 14.00 Di & Do 14.00 – 18.00

Migrationssozialberatung

Jeden Dienstag und Donnerstag

Um Voranmeldung wird gebeten

Elternberatung für Eltern mit Migrationshintergrund

Hilfe bei der Stärkung der Erziehungskompetenz für Eltern mit Migrationshintergrund

Termine nach vorheriger Absprache

(Änderungen vorbehalten)

Ausführliches Angebot unter:

<http://www.haus-babylon.de>

Kontakt

BABEL e.V.
Klausdorfer Straße 8
12629 Berlin-Hellersdorf

Tel.: (030) 99 858 91
Fax: (030) 99 893 20

E-Mail: babel-berlin@t-online.de
Internet: <http://www.haus-babylon.de>

Verantwortlich: Dr. Mekonnen Shiferaw

DAS BAYOUMA-HAUS ZIEHT UM

Ab 04. April 2011 ist die Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt Friedrichshain-Kreuzberg zu finden in der

Frankfurter Allee 110
(gegenüber Ringcenter)
10247 Berlin (Friedrichshain)

Weitere Informationen und das aktuelle Programm finden Sie im Internet unter

<http://www.bayouma-haus.de>
<http://www.bayouma-gesundheit.de>

Veranstaltungen

02. bis 09.04.:

ROMA KULTURWOCHE

Am 08. April 2011 wird weltweit der Internationale Roma Tag gefeiert. Vor genau 40 Jahren kam an diesem Tag der erste Roma Weltkongress in London zusammen mit Vertreter(inn)en aus 25 Ländern, welche eine Zugehörigkeit zu unserer Community mit einer gemeinsamen Geschichte, Kultur, Tradition und Sprache fühlten. Dieser erste Weltkongress wählte im April 1971 eine offizielle Flagge, eine Hymne, eine Sprache und eine Selbstbezeichnung.

Weitere Infos und Programm unter:

<http://www.amaroforo.de/content/berlin-roma-kulturwoche-vom-02-09-april>

Kontakt

Amaro Foro e.V.
Flughafenstraße 21
12053 Berlin

Tel.: (030) 43205373

E-Mail: info@amarodrom.de
Internet: <http://www.amaroforo.de>

13.04.:

LICHTENBERG INTERNATIONAL Tag der Solidarität und Partnerschaften

Mittwoch, 13.04.2011
15:00 – 19:00 Uhr
Rathaus, Möllendorfstraße 6
10367 Berlin

Es ist in Lichtenberg zu einer schönen Tradition geworden, interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Ergebnisse internationaler Projektarbeit mit Menschen anderer Länder von Lichtenberger Schulen, Vereinen, freien und kommunalen Trägern und kirchlichen Einrichtungen zu präsentieren. Der Tag der Solidarität und Partnerschaften jährt sich dieses Jahr bereits das fünfte Mal.

Ein Höhepunkt des Nachmittages ist die Auslobung des Preises "Lichtenberg weltoffen". Mit diesem Preis wird ein Lichtenberger Projekt gewürdigt, das das friedliche Miteinander der Völker unterschiedlicher Nationalitäten, Glaubensrichtungen und Weltanschauungen fördert

Weitere Infos unter:

<http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/presse/archiv/20110330.1335.338132.html>

Bis 08.05., HKW: Ausstellung:

BLACKBOX ABSCHIEBUNG

Blackbox Abschiebung
Bilder und Geschichten von Leuten, die gern geblieben wären

Ausstellung
19.03. – 08.05.2011
Täglich 10 – 19 Uhr
Eintritt frei

Abschiebung ist Alltag: Etwa 10.000 Menschen müssen jedes Jahr Deutschland verlassen. Wer sind sie und warum dürfen sie nicht bleiben? Die Öffentlichkeit erfährt selten etwas über die Geschichten dieser Menschen. Wird doch über sie berichtet, endet die Berichterstattung fast immer an der Landesgrenze. Was wird aus den Menschen, wenn sie das Land, das für viele längst zur Heimat geworden ist, verlassen müssen?

Das Ausstellungsprojekt Blackbox Abschiebung von Filmemacher Ralf Jesse und Autor Mark Terkessidis dokumentiert die Geschichten von neun Personen, die abgeschoben wurden. Sie sprechen über ihr Leben und nehmen eine Fotokamera mit auf den Weg in die Abschiebung und berichten als Fotografen und Reporter des Projekts über ihr Leben nach der Ausweisung. Sie kommen aus Lagos, Kosovo oder Russland. Nach mehreren Stationen im Rahmen von RUHR.2010 ist die Ausstellung jetzt im Haus der Kulturen der Welt in Berlin zu erleben.

Kontakt

Weitere Informationen:

http://www.hkw.de/de/programm/2011/andere2011/veranstaltungen_53180/veranstaltungsdetail_55302.php

Haus der Kulturen der Welt
John-Foster-Dulles-Allee 10
10557 Berlin

Tel.: (030) 397 87 0
Fax: (030) 394 86 79

E-Mail: info@hkw.de
Internet: <http://www.hkw.de>

Kultur bewegt e.V.:

STADTTTEILFÜHRUNGEN IM APRIL 2011
 „Route 44/ Zweite Heimat Neukölln/ Route 65

Route 44

Samstag, 9. April 2010 um 14 Uhr: "Ein internationales Dorf"

Mit Hanadi und Gül-Aynur rund um den Richardplatz. Mit Besuch der Gazi Osman Pasa Moschee.
 Treffpunkt: Imbiss mitten auf dem Richardplatz

Samstag, 23. April 2010 um 13 Uhr: "Alt und neu, laut und leise"

Mit Meryem und Fatima über den Richardplatz und entlang der Karl-Marx-Straße. Mit Besuch der Gazi Osman Pasa Moschee und eines türkischen Supermarkts.
 Treffpunkt: U- und S-Bahnhof Neukölln (Karl-Marx-Straße/ Ecke Saalestraße)

Internet: <http://www.route44-neukoelln.de/>

Zweite Heimat Neukölln

Samstag 16. April 2011 um 11 Uhr: "Lebensspuren"

Ankommen in Neukölln 1970 und 2010, zwei Migrantinnen zeigen Stadtentwicklungen, und berichten über ganz persönliche Erfahrungen (mit Moschee-Besichtigung)

Mit: Nuriye Sayman und Hiba El Saleh
 Treffpunkt: Hermannplatz, Standbild Tanzendes Paar

Samstag 30. April 2011 um 11 Uhr: "Das Dorf in der Stadt"

Zwischen dörflicher Idylle und glitzernder Shoppingmeile. Geschichten von böhmischen Flüchtlingen, Gastarbeiterinnen und Karagöz & Hacivat.

Mit: Gül-Aynur Uzun und Hanadi Mourad
 Treffpunkt: U-Bahnhof Karl-Marx-Straße, vor dem Passage-Kino

Internet: <http://www.zweite-heimat-neukoelln.de/>

Route 65

Gesundbrunnencenter Samstag 16. April 2011 um 13 Uhr: "Rap und Religion"

Mit Habib und Etizaz vom Gesundbrunnen an der Badstraße entlang zur Pankstraße, mit Besuch der Pak Mohammed Moschee.

Treffpunkt: S- und U-Bhf. Gesundbrunnen, Haupteingang

Internet: <http://www.route65-wedding.de/>

Kontakt

Kulturbewegt e.V.
 Oranienburger Straße 37
 10117 Berlin

Fon : (030) 70 222 023

E-Mail: info@kulturbewegt.de

Internet: <http://www.kulturbewegt.de>

5. bis 16. Mai 2011, Vorschau:

BERLINER EUROPAWOCHE

Frist zur Meldung von Veranstaltungen: **15.04.2011**

Die Europawoche wird in Erinnerung an die Erklärung des französischen Außenministers Schuman vom 9. Mai 1950, die den Grundstein für die heutige Europäische Union legte, jedes Jahr als gemeinsame Aktion der deutschen Länder, der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in ganz Deutschland gefeiert.

Unter dem Motto „Europa ist hier!“ stehen 2011 vier Themen im Mittelpunkt:

Das Europa der Regionen

(Polnische EU-Ratspräsidentschaft, Oder- Partner-schaft, Polen-Jahr 2011, 20 Jahre Städtepartnerschaft Berlin-Warschau)

Das Europa der Bürgerinnen und Bürger

(Freiwillig. Etwas bewegen! – Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011, Partizipation, Europäische Bürgerinitiative)

Das Europa der Projekte

(EU-geförderte Projekte in den Bezirken, Zukunft der Strukturfonds)

Das Europa der Solidarität

(Freizügigkeit, Ausgrenzung, EU2020)

Mit einem abwechslungsreichen Informations- und Veranstaltungsangebot für unterschiedlichste Zielgruppen will die Europawoche möglichst viele Berlinerinnen und Berliner zum Dialog, Austausch und Diskussion über Europa einladen und dazu beitragen, ein europäisches Bewusstsein zu schärfen und den Europagedanken zu fördern.

In keiner anderen Stadt Deutschlands sind so viele Institutionen, Organisationen, Vereine und weitere Akteure ansässig, die sich mit europäischen Themen beschäftigen. Die Europawoche will dieses vielfältige europapolitische Engagement unterstützen und dokumentieren, indem möglichst viele Veranstaltungen durchgeführt und Angebote für interessierte Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden.

Gemeinsam wollen wir die Vielseitigkeit und Vielschichtigkeit europapolitischen Engagements präsentieren und die Berlinerinnen und Berliner einladen, Europa zu entdecken. Denn: Europa ist hier! In den Bezirken, in den Kiezen...direkt vor unserer Haustür.

Themenwahl, Gestaltung und Durchführung liegt in der Verantwortung des jeweiligen Veranstalters. Denkbar ist fast alles: der Bogen kann von Ausstellungen über Podiumsdiskussionen und musikalischen Darbietungen bis hin zu Schulfesten oder Spiel- und Sportveranstaltungen gespannt werden.

Alle Veranstalter sind eingeladen, ihre Angebote in einer Programmbroschüre zur Berliner Europawoche zu präsentieren. Nutzen Sie hierzu die Onlinemeldung auf der Webseite zur Europawoche. Redaktionsschluss für die Broschüre ist der 15. April 2011.

Das Referat für Angelegenheiten der EU in der Berliner Senatskanzlei koordiniert die Berliner Europawoche 2011. Es unterstützt bei der Vermittlung von Referenten und Materialien, gibt Hilfestellung bei der Suche nach Themen und Inhalten und nimmt die Anmeldung von Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Europawoche entgegen.

Weitere Informationen und Anmeldung unter <http://www.berlin.de/europawoche>.

Kontakt

Abteilung Bundes- und Europaangelegenheiten der Senatskanzlei Berlin
Referat Angelegenheiten der EU
Christian Keune

Tel.: (030) 9027 2217
Fax.: (030) 9026 2563

E-Mail: Christian.Keune@senatskanzlei.berlin.de
Internet: <http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/>

Veröffentlichungen

Studie:

DIE ABWERTUNG DER ANDEREN Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung

Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

„Mit dieser Analyse zum Ausmaß von Vorurteilen, Intoleranz und antidemokratischen Einstellungen in acht Ländern Europas möchte das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zum gesellschaftspolitischen Diskurs über demokratiegefährdende Tendenzen in Europa leisten. Wir hoffen, dass von dieser ebenso aufschlussreichen wie besorgniserregenden „Europäischen Zustandsbeschreibung“ konstruktive Impulse für die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für mehr Demokratie ausgehen werden.“

Download: <http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=07905&ty=pdf>

Wichtigste Ergebnisse: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_11/zusammenfassung_abwertung.pdf

Kontakt

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Tel.: (030) 269 35 6

E-Mail: forumberlin@fes.de
Internet: <http://www.fes.de>

OECD-Vergleich:

WIE ZUKUNFTSFÄHIG IST DEUTSCHLAND? Studie der Bertelsmann-Stiftung erschienen

„Auch im Bereich Integrationspolitik (Platz 20) muss Deutschland stark aufholen. Menschen mit Migrationshintergrund haben schlechtere Chancen beim Zugang zu Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Angesichts des demographischen Wandels und des von vielen befürchteten Fachkräftemangels sind verstärkte Anstrengungen bei der Integration von Zuwanderern unumgänglich.“ Weiter unter http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xchg/SID-B4005FE5-AC39FF1F/bst/hs.xsl/nachrichten_105938.htm

Download der Studie unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33521_33522_2.pdf

FES-Expertise:

**ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT UND
DIENSTLEISTUNGSFREIHEIT IN DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Rechtliche Rahmenbedingungen und politischer Handlungsbedarf

Download unter: http://www.migration-online.de/data/fes_arbeitnehmerfreizugigkeit_1.pdf

Veröffentlichung der Caritas:

**AUFENTHALTSRECHTLICHE ILLEGALITÄT
Ein Handbuch für die Beratung**

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz hat die Caritas ein Handbuch für die Beraterinnen und Berater von Menschen in der Illegalität veröffentlicht, denn Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis oder Duldung leben in ständiger Angst entdeckt, festgenommen und ausgewiesen zu werden. Oft können sie ihre Grundrechte nicht in Anspruch nehmen.

Internet: <http://www.caritas.de/47009.html>

Direkter Download:

http://www.caritas.de/aspe_shared/download.asp?id=C82A7BA8CAE60DD9051220FAADA08CD8F8F4BBFC11E156F0F082E5482E65C0BC127758EA5960C99C49A88786218FCF8&Description=Beratungshandbuch%202010%20-%20Aufenthaltsrechtliche%20Illegalit%E4t&Filename=DRK_CARITAS_Handbuch_Illegalit%E4t_2010.pdf
